

BASF SE

Jahresabschluss 2009

Inhalt

Lagebericht der BASF SE _____	2	Bericht des Aufsichtsrats _____	25
Geschäftsverlauf _____	3	Jahresabschluss der BASF SE _____	28
Mitarbeiter und Gesellschaft _____	5	Gewinn- und Verlustrechnung _____	28
Risikobericht _____	6	Bilanz _____	29
Ausblick _____	11	Anhang _____	30
Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB ____	12	Versicherung nach §§ 264 Abs. 2, 289 Abs. 1 HGB ____	44
Corporate Governance Bericht _____	12	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers _____	45
Entsprechenserklärung _____	16		
Vergütungsbericht _____	17		
Organe der Gesellschaft _____	22		

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie die Anteilsbesitzliste der BASF SE für das Geschäftsjahr 2009 werden beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers zur Bekanntmachung eingereicht.

Der Jahresabschluss und Lagebericht der BASF SE sowie die Anteilsbesitzliste der BASF SE können auch im Internet eingesehen werden unter:

→ basf.com/de/investor/cg

Lagebericht der BASF SE

Unternehmensstruktur

In der BASF-Gruppe nimmt die BASF SE mit Sitz in Ludwigshafen die zentrale Stellung als größte operative Gesellschaft ein. Sie hält direkt oder indirekt die Anteile an den zur BASF-Gruppe gehörenden Gesellschaften. Die Aktien der BASF SE sind börsengehandelt.

Die Unternehmensbereiche der BASF, die in sechs Geschäftssegmente zusammengefasst sind, tragen die operative Verantwortung und steuern unsere 72 globalen und regionalen Geschäftseinheiten.

Das operative Geschäft der BASF SE stellt nur einen Teilausschnitt des globalen Gesamtgeschäfts dar. Einen vollständigen Einblick kann nur der Abschluss der BASF-Gruppe vermitteln. Für die Beurteilung des Ergebnisses der BASF SE ist zu unterscheiden zwischen dem operativen Ergebnis aus der Eigenproduktion der BASF SE und aus dem Vertrieb von Produkten anderer europäischer BASF-Gruppengesellschaften sowie dem Ergebnis aus der Funktion der BASF SE als Muttergesellschaft der BASF-Gruppe. Diese Holding-Funktion spiegelt sich vor allem im Finanzergebnis wider.

Grundlagen der Rechnungslegung

Im Konzernabschluss der BASF-Gruppe ist der nach International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellte Abschluss der BASF SE berücksichtigt.

Nachfolgend erläutern wir den nach deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (HGB) aufgestellten Jahresabschluss der BASF SE.

Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB

Die auf den Seiten 12 bis 16 abgedruckte Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB (Corporate Governance Bericht, Entsprechenserklärung) ist Bestandteil des Lageberichts. Die in dieser Erklärung enthaltenen Angaben sind mit Ausnahme der Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB nach § 317 Abs. 2 Satz 3 HGB nicht in die Prüfung des Abschlussprüfers einbezogen.

Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die weltwirtschaftliche Entwicklung war im Jahr 2009 geprägt von der stärksten Rezession seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In nahezu allen Regionen ging das reale Bruttoinlandsprodukt infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zurück – besonders stark in den Industrieländern (–3,6%). Das globale Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im Vergleich zum Vorjahr spürbar (–2,3%) und lag deutlich unter unserer ursprünglichen Prognose für das Jahr 2009 (–0,3%). Nach dem Konjunkturereinbruch Ende 2008 erreichte die Weltwirtschaft im zweiten Halbjahr 2009 die Talsohle der Rezession, was vor allem auf wiederkehrende Wachstumsimpulse aus Asien zurückzuführen war.

Nach der Stagnation im Vorjahr (+0,2%) brach die Industrieproduktion 2009 weltweit ein (–8,3%); der Rückgang war deutlich stärker, als zu Beginn des Jahres von uns prognostiziert (–2,9%). Diese Entwicklung ist vor allem auf die erheblich schwächere Nachfrage sowohl seitens der Industrie als auch seitens der privaten Konsumenten in den Industrieländern der OECD zurückzuführen. Hier sank die Industrieproduktion besonders stark (–13,0%).

Die Nachfrage nach Chemieprodukten ist während der aktuellen Wirtschaftskrise weltweit eingebrochen. Besonders schwer war die chemische Industrie im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Halbjahr 2009 von der schwachen Industrienachfrage betroffen. Die weltweite Chemieproduktion (ohne Pharma) nahm 2009 deutlich ab (–5,4%).

Geschäftsverlauf

Ertragslage

Millionen €	2009	2008
Umsatzerlöse	14.079	17.143
Bruttoergebnis vom Umsatz	3.604	4.026
Ergebnis der Betriebstätigkeit (EBIT)	786	709
Beteiligungsergebnis	1.803	3.429
Zinsergebnis	-306	-440
Übriges Finanzergebnis	203	-564
Finanzergebnis	1.700	2.425
Ergebnis vor Ertragsteuern¹	2.486	3.134
Jahresüberschuss	2.176	2.982

¹ Entspricht dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Umsatz

Veränderung

	2009		2008	
	Millionen €	%	Millionen €	%
Mengenveränderung	-1.546	-9,0	-278	-1,7
Preisveränderung	-1.417	-8,3	844	5,1
Währungseinflüsse	95	0,5	-232	-1,4
Provisionen, Lizenzen, sonstige Geschäfte u.a.	-196	-1,1	130	0,8
	-3.064	-17,9	464	2,8

Regionen (Millionen €)

	2009	2008
Europa	10.692	13.517
davon Deutschland	3.896	4.980
Nordamerika	972	1.027
Asien, Pazifischer Raum	1.532	1.673
Südamerika, Afrika, Naher Osten	883	926
	14.079	17.143

Ergebnis der Betriebstätigkeit

Der Umsatz der BASF SE sank im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 18 %. Der Umsatzrückgang resultierte im Wesentlichen aus rückläufigen Absatzmengen sowie niedrigeren Verkaufspreisen.

Trotz einer deutlich verbesserten Margensituation verminderte sich das Bruttoergebnis vom Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 422 Millionen €. Ursächlich hierfür war – bedingt durch die allgemeine Weltwirtschaftslage – vor allem die nach-

fragebedingt schwächere Auslastung der Produktionsanlagen.

Dennoch stieg das Ergebnis der Betriebstätigkeit um 77 Millionen € auf 786 Millionen €. Dies ist unter anderem auf die Verminderung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 305 Millionen € sowie den Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge um 159 Millionen € zurückzuführen. Begründet liegen diese Veränderungen insbesondere in der Verbesserung des Währungsergebnisses um 439 Millionen € im Vergleich zum Vorjahr.

Gegenläufig war das Ergebnis der Betriebstätigkeit insbesondere durch eine einmalige Zuwendung in Höhe von 177 Millionen € an die BASF Pensionskasse VVaG belastet.

Des Weiteren wurden im Jahr 2009 im Zuge der Ciba Akquisition Teile des erworbenen Geschäfts in die Vertriebsstrukturen der BASF SE integriert. Sich daraus ergebende Aufwendungen sind in den entsprechenden Funktionskosten sowie in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Finanzergebnis

Der Rückgang des Finanzergebnisses um 725 Millionen € ist im Wesentlichen auf das gesunkene Beteiligungsergebnis zurückzuführen. Geringere Dividenden und Abgangsgewinne sowie niedrigere Erträge aus Gewinnabführungsverträgen verringerten das Beteiligungsergebnis um 1.626 Millionen €.

Gegenläufig wirkte sich das um 134 Millionen € verbesserte Zinsergebnis auf Grund des gesunkenen Zinsniveaus aus: Ge-

ringeren Aufwendungen gegenüber verbundenen Unternehmen stehen weniger stark gesunkene Erträge aus verbundenen Unternehmen gegenüber.

Des Weiteren wirkte sich die Erhöhung des übrigen Finanzergebnisses um 767 Millionen € positiv auf das Finanzergebnis aus. Gründe hierfür waren Erträge aus Wertaufholungen, geringere Abschreibungen aus der Bewertung von Anlagen sowie Gewinne aus der Veräußerung von Fondsvermögen des BASF Pensionstreuhand e.V. (Contractual Trust Arrangement, CTA).

Jahresüberschuss

Der Jahresüberschuss im Jahr 2009 beträgt 2.176 Millionen €. Dies entspricht einem Rückgang von 806 Millionen € beziehungsweise 27 % gegenüber dem Vorjahr.

Ursache hierfür war vor allem das deutlich schwächere Finanzergebnis bei gestiegenem Steueraufwand. Dieser resultierte maßgeblich aus einem Anstieg des latenten Steueraufwands.

Vermögens- und Finanzlage

	2009		2008	
	Millionen €	%	Millionen €	%
Anlagevermögen	21.052	56,9	19.041	53,3
Umlaufvermögen und übrige Aktiva	15.975	43,1	16.709	46,7
Gesamtvermögen	37.027	100,0	35.750	100,0
Eigenkapital	9.000	24,3	8.614	24,1
Rückstellungen	6.251	16,9	6.390	17,9
Verbindlichkeiten und übrige Passiva	21.776	58,8	20.746	58,0
Gesamtkapital	37.027	100,0	35.750	100,0

Vermögenslage

Die Bilanzsumme stieg um 1.277 Millionen € beziehungsweise 4 % auf 37.027 Millionen €.

Die Erhöhung des Anlagevermögens um 2.011 Millionen € resultierte vor allem aus dem Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen im Rahmen der Ciba Akquisition und dem Anstieg der Finanzanlagen.

Der Rückgang des Umlaufvermögens ist größtenteils auf niedrigere liquide Mittel, die im Vergleich zum Vorjahr um 671 Millionen € gesunken sind, zurückzuführen.

Der Anstieg des Eigenkapitals um 386 Millionen € ergab sich aus dem Jahresüberschuss, der die im Jahr 2009 gezahlte Dividende überstieg.

Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten stiegen um 1.030 Millionen €. Während der Bestand an Commercial Papers deutlich reduziert und teilweise durch die Begebung neuer Anleihen ersetzt wurde, erhöhten sich insbesondere die finanzbedingten Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Finanzlage

Im Jahr 2009 haben wir einen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit von 2.028 Millionen € erzielt (2008: 3.407 Millionen €). Die Abnahme um 40 % im Vergleich zum Vorjahr ergab sich überwiegend aus dem niedrigeren Jahresüberschuss und ergebniswirksamen, jedoch nicht liquiditätswirksamen Marktwertsteigerungen bei Wertpapieren des BASF Pensionstreuhand e.V.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit beträgt –1.879 Millionen € gegenüber –72 Millionen € im Vorjahr. Der höhere Mittelbedarf resultierte aus dem Erwerb immaterieller Vermögensgegenstände im Rahmen der Ciba Akquisition sowie Kapitalerhöhungen bei Tochtergesellschaften.

Im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (–820 Millionen € gegenüber –1.972 Millionen € im Jahr 2008) wirkten sich im Jahr 2009 die Tilgung von Commercial Papers, die Begebung neuer Anleihen und gruppeninterne Geldaufnahmen aus. Insgesamt ergab sich durch den Wegfall des Aktienrückkaufs eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr.

Geld und Geldanlagen reduzierten sich um 577 Millionen € auf 4.864 Millionen €. Hiervon entfallen 671 Millionen € auf Zahlungsmittel. Gegenläufig stiegen die Wertpapiere um 94 Millionen € an.

Mitarbeiter und Gesellschaft

Mitarbeiter

Unsere Mitarbeiter sind wichtig für unseren Erfolg: Mit ihrer Qualifikation, Leistungsbereitschaft und Motivation bestimmen sie die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der BASF. Deshalb wollen wir die besten Mitarbeiter gewinnen, fördern und halten. Dies tun wir beispielsweise mit leistungsorientierter Vergütung, gezielten Weiterbildungsmöglichkeiten und Angeboten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In unseren Teams setzen wir auf Vielfalt, die die unterschiedlichen Hintergründe und Bedürfnisse unserer Geschäftspartner abbildet.

Wir wollen unsere Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens beteiligen und persönliche Leistung belohnen. Dieses Ziel verfolgen wir mit variablen Entgeltsystemen, die für alle Mitarbeiter auf den gleichen Grundprinzipien beruhen. Ein Gehalt besteht in der Regel aus einem fixen und einem variablen Anteil. Den variablen Anteil bestimmen zwei Faktoren: der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens – gemessen an der Gesamtkapitalrendite der BASF-Gruppe – und die individuelle Leistung des Mitarbeiters. Durch den klaren Bezug zum wirtschaftlichen Erfolg der variablen Entgeltsysteme haben die Mitarbeiter in den vergangenen Jahren spürbar am Erfolg der BASF teilgehabt. Im wirtschaftlich schwierigen Jahr 2009 führten die Systeme zu einer Kostenentlastung für das Unternehmen.

Trotz der Wirksamkeit der Systeme stieg der Personalaufwand der BASF SE für das Jahr 2009 auf 2,77 Milliarden € (Vorjahr: 2,44 Milliarden €). Der Anstieg war im Wesentlichen auf eine einmalige Zuwendung in Höhe von 177 Millionen € an die BASF Pensionskasse VVaG, höhere Zuführungen zu Personalrückstellungen sowie höhere Beiträge an den Pensionsversicherungsverein (PSV) zurückzuführen. Am 31.12.2009 waren 32.870 (Vorjahr: 32.838) Mitarbeiter für das Unternehmen tätig.

Einen Anteil ihrer Vergütung können unsere Mitarbeiter in BASF-Aktien investieren. Das Aktienprogramm „Plus“ fördert die langfristige Beteiligung unserer Mitarbeiter durch Incentive-Aktien und unterstützt damit ihr Interesse am Erfolg des Unternehmens und seiner Wertentwicklung. 2009 erwarben die Mitarbeiter der BASF SE im Rahmen des Plus-Programms 952.190 Aktien. Ihren Oberen Führungskräften bietet die BASF seit 1999 die Teilnahme am BASF-Optionsprogramm (BOP) an. Es verknüpft einen Teil der Bezüge mit der langfristigen Wertentwicklung der BASF-Aktie.

Forschung und Entwicklung

Unsere internationalen und interdisziplinären Forscherteams arbeiten an Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft. Gerade in Krisenzeiten stärken wir mit unserem Engagement für Forschung und Entwicklung unsere Position als innovatives Unternehmen. Unser Wissen, unsere Produkte und Prozesse sind Innovationstreiber in fast allen Industriebranchen. Sie fördern den langfristigen Erfolg unserer Kunden. Dieser sichert wiederum unser profitables Wachstum und unseren nachhaltigen Geschäftserfolg.

Durch eine enge weltweite Vernetzung mit zahlreichen Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft schaffen wir einen internationalen und interdisziplinären Wissensverbund – ein wichtiger Erfolgsfaktor für effiziente und zukunftsorientierte Forschung und Entwicklung. Dieses Netzwerk umfasst etwa 1.900 Koope-

rationen mit Universitäten, Forschungsinstituten, Start-up-Unternehmen und Industriepartnern. 2009 hat die BASF weltweit etwa 1.300 Patente neu angemeldet (Vorjahr: 1.265).

Im Jahr 2009 waren in der BASF SE 5.188 Mitarbeiter in Forschung und Entwicklung beschäftigt. Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung betragen 852 Millionen €.

Umweltschutz und Sicherheit

Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft sind gefordert, den weltweiten Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren und vorhandene Ressourcen effizienter zu nutzen. Dazu tragen wir auf zwei Arten bei: Wir arbeiten ständig daran, den Ausstoß von Treibhausgasen in unserer Produktion zu senken. Außerdem bieten wir unseren Kunden Produkte, die klimafreundliche Technologien ermöglichen und in ihrer Anwendung Emissionen einsparen. Dies sind für uns die Treiber für profitables Wachstum mit Klimaschutz.

Energieeffizienz ist das wichtigste Mittel, um Klimaschutz, Ressourcenschonung und ökonomische Vorteile zu verbinden. BASF leistet einen dreifachen Beitrag für den sorgsamen Umgang mit Energie: Wir setzen auf effiziente Energieerzeugung, senken den Energieverbrauch in unserer Produktion und entwickeln Produkte und Technologien zur effizienten Nutzung von Energie.

Die Betriebskosten für Umweltschutz in der BASF SE lagen 2009 bei 351 Millionen € (Vorjahr: 381 Millionen €). In neue und verbesserte Umweltschutzanlagen und -einrichtungen investierte BASF zusätzlich 107 Millionen € (Vorjahr: 116 Millionen €); diese Investitionen umfassen sowohl nachsorgende als auch produktionsintegrierte Umweltschutzmaßnahmen. Zum 31. Dezember 2009 waren 142 Millionen € für Umweltschutzmaßnahmen und die Beseitigung von Altlasten zurückgestellt (31. Dezember 2008: 151 Millionen €).

Die Sicherheit und Gesundheit unserer Mitarbeiter spielen eine Schlüsselrolle für den Erfolg der BASF. Mit unseren hohen Standards haben wir viel erreicht. Die Zahl der Arbeitsunfälle von BASF-Mitarbeitern und Leasingkräften am Standort Ludwigshafen bewegt sich seit Jahren auf niedrigem Niveau. Hier wollen wir zukünftig aber noch besser werden und somit zum langfristigen Geschäftserfolg der BASF beitragen.

Mit globalen Konzepten schützen wir unsere Mitarbeiter und Nachbarn sowie unsere Anlagen und das Firmenwissen der BASF. Gleichzeitig vermeiden wir damit Produktionsausfälle und Umweltschäden. Mit unseren Vorgaben und Maßnahmen für Transportsicherheit minimieren wir Risiken für Menschen und Umwelt. Unsere Regeln gelten für alle Transportarten und schließen die Lieferung und Verteilung von Chemikalien zwischen allen BASF-Standorten, ihren Zulieferern und Kunden ein. Dafür haben wir in unseren Richtlinien einheitliche Standards für den Transport und die Lagerung von chemischen Produkten in angemieteten Lagern festgelegt. Auf dieser Grundlage überprüfen wir bestehende Lager über die jeweiligen nationalen Bestimmungen hinaus auf den baulichen und technischen Zustand und beurteilen die Sicherheit neuer Lager.

Grundsätze und Ziele unseres Finanzmanagements

Das Finanzmanagement der BASF-Gruppe ist zentral organisiert und wird durch regionale Treasury-Einheiten unterstützt. Unsere Finanzierungs- und Anlagepolitik ist wertorientiert. Eine adäquate Kapitalstruktur hat Vorrang vor Rentabilitätsaspekten. Währungs-, Zinsänderungs- und Bonitätsrisiken werden analysiert und durch den Einsatz von modernen Prozessen und Finanzinstrumenten begrenzt. Die Kapitalstruktur der BASF steuern wir unter Berücksichtigung ausgewählter Finanzkennzahlen. Wir streben an, ein solides A-Rating zu halten.

Risikobericht

Das Risikomanagement der BASF hat das Ziel, Risiken frühestmöglich zu identifizieren, zu bewerten und durch geeignete Maßnahmen geschäftliche Einbußen zu begrenzen. Damit soll eine Bestandsgefährdung der BASF verhindert und durch verbesserte unternehmerische Entscheidungen langfristig Wert geschaffen werden. Unter Risiko verstehen wir jedes Ereignis, das das Erreichen unserer kurzfristigen operativen oder unserer langfristigen strategischen Ziele negativ beeinflussen kann. Als Chancen definieren wir mögliche Erfolge, die über unsere definierten Ziele hinausgehen.

Organisation, Zuständigkeiten und Instrumente

Operative Chancen und Risiken: Im Rahmen der kurz- und mittelfristigen Planung über ein bis drei Jahre werden Chancen und Risiken, die zu einer positiven oder negativen Abweichung vom jeweiligen Geschäftsplan führen können, dezentral von den Unternehmensbereichen, Zentraleinheiten und Kompetenzzentren identifiziert, quantifiziert und regelmäßig an die Einheit Strategic Planning & Controlling gemeldet. Hier findet eine Prüfung und Aggregation mittels Monte-Carlo-Simulation statt. Zusätzlich wird im monatlich von Corporate Controlling erstellten Managementbericht auf operative Chancen und Risiken eingegangen. Darüber hinaus besteht eine sofortige Berichtspflicht an den Vorstand, wenn Einzelrisiken identifiziert werden, die eine Ergebnisauswirkung von mehr als 10 Millionen € haben.

Das aggregierte Risikomanagement ist Aufgabe der Zentralbereiche Strategic Planning & Controlling sowie Finance. Beide Zentralbereiche stellen außerdem die für das Risikomanagement erforderlichen Instrumente und das Know-how bereit, entwickeln Methoden weiter und sind verantwortlich für deren weltweite Kommunikation. Die Einheiten Legal, Taxes & Insurance sowie der Chief Compliance Officer berichten dem Vorstand jeweils direkt über rechtliche und steuerliche Risiken sowie Compliance-Risiken.

Strategische Chancen und Risiken: Im Rahmen der Strategieentwicklung für unsere strategischen Geschäftseinheiten und bei größeren Investitionsentscheidungen führt die Einheit Strategic Planning & Controlling zusammen mit den jeweiligen Geschäftseinheiten Chancen-Risiken-Analysen mit einem zeitlichen Horizont von zehn Jahren durch. Diese werden im Zuge des strategischen Controllings überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

Risikomanagementprozess

Der Risikomanagementprozess der BASF-Gruppe orientiert sich am internationalen Risikomanagementstandard COSO II Enterprise Risk Management – Integrated Framework und umfasst folgende Schritte:

– Identifikation von Chancen und Risiken

Die Identifikation von Chancen und Risiken erfolgt dezentral durch die Unternehmensbereiche anhand unterschiedlicher Instrumente, wie Experteninterviews oder Teamansätze. Hinzu kommen Markt-, Wettbewerbs- und Umfeldanalysen sowie statistische Bewertungen.

Als Basis dienen neben den internen und externen Risikoinformationsquellen makroökonomische Szenarien, die wichtige Faktoren, wie Industrierwachstumsraten, bewerten sowie unser unternehmensweiter Risikokatalog, der als Checkliste dient und den Identifikationsprozess unterstützt.

– Beurteilung und Quantifizierung

Chancen und Risiken werden – soweit möglich – über eine Ergebnisauswirkung und eine Eintrittswahrscheinlichkeit quantifiziert. Als Bezugsbasis dient der jeweilige Geschäftsplan. Zusätzlich quantifizieren wir die Abhängigkeit der einzelnen Geschäftsbereiche von makroökonomischen Faktoren, wie zum Beispiel Wechselkursen und Rohstoffpreisen.

– Aggregation

Chancen und Risiken sowie die Abhängigkeit von makroökonomischen Faktoren werden auf Unternehmensbereichs- und Gruppenebene aggregiert, um die Bandbreite der möglichen Ergebnisauswirkungen und deren Wahrscheinlichkeitsverteilung zu ermitteln. Korrelationen zwischen den einzelnen Ereignissen und Faktoren sowie die internen Wechselwirkungen im Verbund werden dabei berücksichtigt.

– Steuerung, Maßnahmen und Kontrolle

Die Steuerung von Chancen und Risiken sowie das Ergreifen von Maßnahmen erfolgt auf Ebene der Unternehmensbereiche. Für bestimmte Risiken, wie zum Beispiel Rohstoffpreis- und Wechselkursrisiken, die teilweise durch gruppenweite Hedging-Effekte gemindert werden, erfolgen Maßnahmen auf Ebene der BASF-Gruppe. Einzelheiten regeln unser Risikomanagement-Handbuch und darauf aufbauende bereichsspezifische Bestimmungen. Die Risikosituation der BASF-Gruppe wird regelmäßig an den Vorstand berichtet. Werden bestimmte Risikoschwellen erreicht, erfolgt eine Meldung unmittelbar.

– Überwachung und Weiterentwicklung

Unser Risikomanagementsystem wird regelmäßig von der Einheit Corporate Audit überprüft. Der Abschlussprüfer prüft im Rahmen der Jahresabschlussprüfung das gemäß § 91 (2) Aktiengesetz eingerichtete Risikofrüherkennungssystem. Um unser Risikomanagementsystem fortwährend weiterzuentwickeln, suchen wir regelmäßig die Diskussion und den Ideenaustausch mit vergleichbaren Industrieunternehmen sowie mit Dienstleistern auf dem Gebiet des Risikomanagements. Bei der erneuten Aufnahme in den Dow Jones Sustainability Index im September 2009 erhielt die BASF unter anderem für ihr Risikomanagementsystem besondere Anerkennung in der Bewertung der Analysten.

Wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess (§ 289 Abs. 5 HGB)

Die Erstellung des Jahresabschlusses der BASF SE erfolgt durch eine Einheit im Zentralbereich Finanzen. Der Abschlussprozess der BASF SE basiert auf den Bilanzierungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs unter Berücksichtigung wesentlicher Prozesse und einheitlicher Termine. Für die internen Abstimmungen und übrigen Abschlussarbeiten bestehen verbindliche Anweisungen. Zur Abbildung der buchhalterischen Vorgänge sowie der Aufstellung des Jahresabschlusses wird Standardsoftware eingesetzt, wobei die jeweiligen Zugriffsberechtigungen der Beteiligten eindeutig geregelt sind.

Die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Mitarbeiter erfüllen die qualitativen Anforderungen und werden regelmäßig geschult. Zwischen den beteiligten Facheinheiten, Gesellschaften und regionalen Service-Einheiten besteht eine klare Aufgabenabgrenzung. Die Funktionstrennung und das Vier-Augen-Prinzip werden dabei konsequent umgesetzt. Komplexe versicherungsmathematische Gutachten und Bewertungen werden durch darauf spezialisierte Dienstleister oder entsprechend qualifizierte Mitarbeiter erstellt.

Durch das interne Kontrollsystem in der Finanzberichterstattung werden diese Grundsätze kontinuierlich überwacht. Dazu werden Methoden für eine strukturierte und gruppenweit einheitliche Evaluierung des internen Kontrollsystems in der Finanzberichterstattung zur Verfügung gestellt.

Die für die BASF-Gruppe wesentlichen Risiken in Bezug auf ein verlässliches Kontrollumfeld sowie eine ordnungsgemäße Finanzberichterstattung sind in einem Risikokatalog zentral erfasst. Dieser wird jährlich überprüft und aktualisiert.

In einem zentralen Auswahlprozess werden Einheiten bestimmt, die besonderen Risiken ausgesetzt sind. Alle bedeutenden BASF-Standorte sowie alle Regionen und Unternehmensbereiche werden berücksichtigt. Der Auswahlprozess wird jährlich durchgeführt. In den relevanten Einheiten ist ein Verantwortlicher benannt, der die Durchführung der Schritte koordiniert und überwacht.

Der **jährliche Evaluierungsprozess** umfasst die folgenden Schritte:

– Evaluierung des Kontrollumfelds

Die Einhaltung von internen und externen Richtlinien, die für die Aufrechterhaltung eines verlässlichen Kontrollumfelds relevant sind, wird durch die Beantwortung eines einheitlichen Fragebogens überprüft. Die Beurteilung erfolgt durch eine Abfrage des Regelbewusstseins und wird mit Stichproben unterstützt.

– Identifikation der Kontrollaktivitäten

Um den in unserem zentralen Risikokatalog aufgeführten Risiken der Finanzberichterstattungsprozesse zu begegnen, werden entsprechende Kontrollaktivitäten ausgeführt. Sie werden von den größten Gesellschaften sowie von Gesellschaften mit besonderen Risiken in einem globalen IT-System dokumentiert.

– Beurteilung der Kontrollaktivitäten

Nach der Dokumentation erfolgt eine Überprüfung dahingehend, ob die beschriebenen Kontrollen geeignet sind, die Risiken adäquat abzudecken. In der anschließenden Testphase wird mit Stichproben überprüft, ob die Kontrollen in der Praxis wirksam waren.

– Monitoring von Kontrollschwächen

Identifizierte Kontrollschwächen sowie deren Behebung werden dem verantwortlichen Management berichtet und von einem interdisziplinären Komitee auf ihre Bedeutung für die BASF-Gruppe untersucht. Bei der Feststellung von Kontrollschwächen mit einem wesentlichen Einfluss auf die Finanzberichterstattung wird der Vorstand informiert.

– Interne Bestätigung des internen Kontrollsystems

Die verantwortlichen Geschäfts- und Finanzleiter der konsolidierten Gruppengesellschaften bestätigen gegenüber dem Vorstand der BASF-Gruppe am Ende des jährlichen Zyklus die Effektivität des internen Kontrollsystems in Bezug auf die Rechnungslegung und die Ordnungsmäßigkeit der Finanzberichterstattung.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Risiken aus dem operativen Geschäft

Entwicklung der Absatzmärkte: Für die BASF, deren Kunden in vielen Branchen tätig sind, stellen Veränderungen der Nachfrage naturgemäß Chancen und Risiken dar. Wir rechnen damit, dass es 2010 zu einer langsamen Erholung der Weltwirtschaft kommen wird. Insgesamt erwarten wir aber, dass Volatilitäten und Risiken weiterhin hoch sein werden. Es besteht zudem das Risiko, dass mit nachlassender Wirkung der Konjunkturprogramme sowie durch mögliche Leitzinserhöhungen der Bedarf der Zielmärkte langsamer wächst.

Von einer zurückhaltenden Nachfrage bedeutender Abnehmerbranchen, wie der Bau- und der Automobilindustrie, und stärkerem Wettbewerb in den Absatzmärkten sind einige Unternehmensbereiche direkt betroffen. Auf andere Unternehmensbereiche wirkt sich dies indirekt über ein geringeres Wachstum der Nachfrage nach chemischen Grundprodukten aus.

Die Margen von Standardprodukten, wie beispielsweise in den Geschäften mit Crackerprodukten oder Kunststoffen, werden besonders durch den produktspezifischen Zyklus von Angebot und Nachfrage am Markt bestimmt. In Zeiten verminderter Nachfrage kann es somit dazu kommen, dass Rohstoffpreiserhöhungen nicht oder nur begrenzt an unsere Kunden weitergegeben werden können.

Auch von der Finanzkrise gehen Risiken für unsere Absatzmärkte aus. Wenn die Verfügbarkeit von Krediten für unsere Kunden zurückgeht und unsere Kunden sich deshalb nicht refinanzieren können, könnte dies ebenfalls unser Geschäft beeinträchtigen.

Risiken aus der Entwicklung der Absatzmärkte begegnen wir soweit möglich durch operative Maßnahmen: Zum Beispiel durch eine enge Zusammenarbeit mit Kunden und durch die optimale Steuerung unserer Produktion. Des Weiteren trägt unsere regionale und Branchendiversifizierung zur Risikoverminderung bei.

Risiko aus dem Aufbau von Überkapazitäten: Produktspezifisch steuern wir Neubau und Erweiterung von Anlagen gemäß dem erwarteten Bedarf und terminieren wartungsbedingte Abstellungen entsprechend.

Wir deinvestieren Geschäfte, bei denen wir langfristig keine ausreichenden Möglichkeiten sehen, uns von unseren Wettbe-

werben zu differenzieren. Um dauerhaft profitabel zu wachsen, setzen wir auf operative Exzellenz, Innovationen und Investitionen in Wachstumsmärkte.

Unsere Forschungs- und Geschäftsschwerpunkte konzentrieren wir auf innovationsstarke Geschäftsfelder, die wir auch über strategische Partnerschaften mit wichtigen Kooperationspartnern erschließen.

Insgesamt gehören Risiken, die aus dem globalen und regionalen Wachstum unserer Kundenindustrien sowie dem Aufbau von Überkapazitäten resultieren, neben Rohstoffpreis- und Wechselkursvolatilitäten zu den drei größten Treibern für mögliche Planabweichungen.

Verfügbarkeit und Preisvolatilität von Rohstoffen: Risiken hinsichtlich der Verfügbarkeit von Rohstoffen sehen wir derzeit nicht. Das Risiko des Ausfalls einzelner Lieferanten ist jedoch im gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfeld gestiegen.

Beschaffungsrisiken mindern wir durch ein breites Portfolio, weltweite Einkaufsaktivitäten sowie optimierte Verfahren zum Kauf zusätzlicher Rohstoffe auf den Spotmärkten. Wir vermeiden es – soweit möglich – Rohstoffe von einem einzigen Lieferanten zu beziehen. Wo dies nicht möglich ist, versuchen wir, Wettbewerb zu schaffen, oder gehen diese Beziehungen bewusst ein und bewerten die Auswirkung möglicher Ausfälle. Wir beobachten kontinuierlich die Bonität wichtiger Geschäftspartner – Kunden wie Lieferanten. Entsprechend gehen wir auch beim Einkauf von Dienstleistungen in den Bereichen Logistik und Technik vor.

Potenzielle Risikolieferanten in Bezug auf Umweltschutz-, Arbeitssicherheits- und Sozialstandards identifizieren wir in unserem Lieferkettenmanagement und vereinbaren Korrekturmaßnahmen.

Die Preisvolatilität von Einsatzstoffen, insbesondere von erdölbasierten Chemikalien, stellt für die BASF einen der drei Haupttreiber für Risiken und Chancen dar. Wir gehen davon aus, dass die Volatilität von Rohstoffpreisen zumindest kurzfristig über dem historischen Niveau liegen wird.

Unsere Abhängigkeit vom Ölpreis verringern wir durch den Beitrag unseres Öl- und Gas-Geschäfts. Darüber hinaus mindern wir Kostenrisiken durch Warenderivate. Diese Maßnahmen dienen der Margensicherung, wenn stark steigende Rohstoffkosten erwartet werden, die bei verminderter Nachfrage nicht oder nur begrenzt über die Preise unserer Produkte weitergegeben werden können. Bei gegenläufiger Rohstoffpreisentwicklung können Aufwendungen entstehen.

Technische Risiken: Die Gewährleistung von Qualität und Verfügbarkeit unserer Produkte kann unvorhergesehene technische Maßnahmen erfordern. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass wir aus technischen Gründen oder um die Sicherheit der Anlagen zu gewährleisten, diese ungeplant abstellen müssen.

Technische Risiken minimieren wir durch die ständige Überwachung und Verbesserung von Anlagen und Verfahren sowie durch unseren weltweiten Produktionsverbund.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Das Management von Währungs- und Zinsrisiken erfolgt in der Abteilung Treasury, das Management von Warenpreisrisiken im Kompetenzzentrum Global Procurement & Logistics oder in dazu ermächtigten Gruppengesellschaften. Für den Umgang mit finanzwirtschaftlichen Risiken bestehen detaillierte Richtlinien und Vorgaben, die unter anderem eine Funktionstrennung von Handel und Abwicklung vorsehen.

Volatilität von Wechselkursen: Die Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten wird durch die Veränderung der Wechselkurse beeinflusst. Für die BASF-Gruppe entstehen Risiken auf der Abnehmerseite vor allem bei Kursbewegungen des US-Dollar. Auf der Produktionsseite begegnen wir Wechselkursrisiken durch unsere lokalen Produktionsstandorte in den jeweiligen Währungsräumen.

Des Weiteren berücksichtigen wir in unserem finanzwirtschaftlichen Währungsrisikomanagement geplante Einkaufs- und Umsatztransaktionen in fremder Währung. Diese Risiken werden bei Bedarf durch derivative Instrumente abgesichert. Wechselkursvolatilitäten gehören zu den drei größten Treibern für Chancen und Risiken in der BASF-Gruppe.

Zinsänderungsrisiken: Zinsänderungsrisiken bestehen auf Grund potenzieller Änderungen des Marktzinses und können bei festverzinslichen Finanzanlagen zu einer Änderung des beizulegenden Zeitwerts und bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten zu Zinszahlungsschwankungen führen. Zur Absicherung werden in Einzelfällen Zinsswaps und kombinierte Zins-/Währungsderivate abgeschlossen.

Außerdem könnte eine Herabstufung unserer Kredit-Ratings durch die Ratingagenturen die Kosten der Refinanzierung erhöhen. Kurz- bis mittelfristig ist die BASF auf Grund einer ausgeglichenen Fristenstruktur der Finanzschulden weitgehend gegen mögliche Auswirkungen auf das Zinsergebnis geschützt.

Risiken aus Rohstoffhandel: Wir nutzen unsere Kenntnisse der Märkte für Erdöl und Ölprodukte, um im Handel mit Rohstoffen innerhalb festgelegter Limits und Exposure-Grenzen Erträge zu erwirtschaften. Diese Aktivitäten unterliegen einer ständigen Kontrolle.

Liquiditätsrisiken: Risiken aus Schwankungen der Zahlungsströme erkennen wir frühzeitig im Rahmen unserer Liquiditätsplanung. Die Unsicherheit über die konjunkturelle Entwicklung als Folge der weltweiten Finanzkrise erschwert eine verlässliche Prognose des Liquiditätsbedarfs. Diese Unsicherheiten sowie mögliche zusätzliche Liquiditätsanforderungen im Falle eines Aufschwungs berücksichtigen wir durch zusätzliche Risikoszenarien. Ereignisorientiert aktualisieren wir kurzfristig unsere Liquiditätsplanung, um bei Bedarf umgehend entsprechende Maßnahmen einleiten zu können.

Wir haben durch die Begebung von mittel- bis langfristigen Anleihen die Risiken der Refinanzierung im Jahr 2009 erheblich reduziert. Auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise war das Emittieren von Anleihen mit höheren Kosten verbunden als in den Jahren zuvor. Auf Grund unserer soliden Ratings, des Commercial-Paper-Programms sowie von Banken verbindlich

zugesagter Kreditlinien haben wir jedoch Zugang zu umfangreichen liquiden Mitteln.

Das Commercial-Paper-Programm stellt für die BASF auch in der Finanzkrise eine verlässliche und kostengünstige Quelle für Liquidität dar, so dass wir Liquiditätsrisiken derzeit als gering bewerten.

Risiko von Forderungsausfällen: Länderrisiken begrenzen wir durch die Ermittlung interner Länderratings, die fortlaufend an die sich ändernden Rahmenbedingungen angepasst werden. Als Hauptinstrumente zur Absicherung gegen spezifische Länderrisiken setzen wir Ausfuhrkreditversicherungen und Investitionsgarantien ein. Kreditrisiken für unsere Geldanlagen mindern wir, indem wir nur Transaktionen im Rahmen festgelegter Limits mit Geschäftspartnern und Banken guter Bonität tätigen. Auch der Zahlungsverkehr wird über solche Banken abgewickelt. Vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise überprüfen wir die Bonität unserer Partnerbanken fortlaufend. Ausfallrisiken für den Forderungsbestand reduzieren wir, indem die Bonität und das Zahlungsverhalten der Kunden ständig überwacht und entsprechende Kreditlimits festgelegt werden. Auf Grund der weltweiten Tätigkeit und der diversifizierten Kundenstruktur der BASF-Gruppe liegen keine größeren Konzentrationen von Kreditausfallrisiken vor. Zudem werden Risiken durch Kreditversicherungen und Bankgarantien begrenzt.

Wertminderungsrisiken: Das Risiko der Wertminderung eines Vermögenswerts entsteht, wenn der für einen Wertminderungstest anzunehmende Zinssatz steigt oder die prognostizierten Cashflows sinken. Durch die Wirtschaftskrise und die damit verbundenen Veränderungen in den Abnehmerbranchen Bau und Automobil sind in einzelnen Märkten gesunkene Margen und ein geringeres Mengenwachstum zu beobachten. Dies führt zu einem erhöhten Wertminderungsrisiko bei einzelnen Vermögensgegenständen wie Finanzanlagen, Technologien oder Marken sowie beim Goodwill.

Risiken aus Pensionsverpflichtungen: Betriebliche Pensionszusagen finanzieren wir überwiegend extern durch gesonderte Pensionsvermögen. Dies betrifft die BASF Pensionskasse VVaG und die BASF Pensionstreuhand e.V. in Deutschland. Risiken einer Unterdeckung der Altersversorgungssysteme durch marktbedingte Wertschwankungen der Vermögensanlagen begegnen wir durch speziell auf die jeweilige Struktur der Pensionsverpflichtungen ausgerichtete ertrags- und risikooptimierte Anlagestrategien. Im Rahmen von Portfolioanalysen werden regelmäßig auch Stressszenarien simuliert. Die laufende Überprüfung der Anlagestrategien wurde im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise weiter intensiviert. Außerdem werden den Mitarbeitern zunehmend beitragsorientierte Pläne angeboten.

Weitere Risikofelder

Regulatorische und politische Risiken: Im Rahmen der am 1. Juni 2007 in Kraft getretenen europäischen Chemikalienverordnung REACH besteht das Risiko, dass unsere europäischen Kunden und wir durch die kostenintensiven Test- und Registrierungsverfahren gegenüber außereuropäischen Wettbewerbern benachteiligt werden.

Im Rahmen des EU-Emissionshandels wurden der BASF-

Gruppe in der zweiten Handelsperiode von 2008 bis 2012 Emissionszertifikate zugeteilt. Gegenwärtig erwarten wir für unsere Aktivitäten in Europa insgesamt keine Unterdeckung an Zertifikaten in dieser zweiten Handelsperiode. Die konkrete Ausgestaltung des europäischen Emissionshandels ab 2013 ist jedoch noch unklar. Je nach endgültiger Ausgestaltung der Ausführungsbestimmungen wird der Zukaufsbedarf für die BASF mehrere Millionen Zertifikate jährlich betragen. Abhängig vom börslichen CO₂-Zertifikatspreis wird dies eine Auswirkung auf unsere Kostenposition und damit die globale Wettbewerbssituation haben.

Durch die Novellierung der EU-Richtlinie über Industriemissionen (IED) bis 2010/2011 drohen Mehraufwendungen für das Reporting und die Umrüstung existierender Anlagen.

Risiken gehen weiterhin von einer Verschärfung geopolitischer Spannungen, einer Destabilisierung politischer Systeme und der Errichtung von Handelsschranken (Zölle, Embargo-Maßnahmen) aus. Insgesamt sehen wir für das Eintreten regulatorischer und politischer Risiken eine niedrige Wahrscheinlichkeit; die finanziellen Auswirkungen sind kurzfristig als gering, mittelfristig aber als erhöht einzustufen.

Forschung und Entwicklung: Wegen der hohen Komplexität und Unsicherheit chemischer und biologischer Forschung besteht das Risiko, dass Projekte nicht fortgeführt werden, es zu Budgetüberschreitungen kommt oder dass für entwickelte Produkte die Zulassung zur Vermarktung nicht erteilt wird. Hier wirken wir durch unseren weltweiten Wissensverbund, die Zusammenarbeit mit Partnern und Kunden sowie durch unseren Innovationsprozess entgegen. Im Rahmen unseres Projektmanagements werden Effizienz, Erfolgchancen und Rahmenbedingungen der Forschungsprojekte in den verschiedenen Phasen von der Ideenfindung bis zur Produkteinführung fortlaufend überprüft. Für die erfolgreiche Einführung neuer Technologien ist das Vertrauen von Kunden und Verbrauchern unverzichtbar. Deshalb treten wir bereits in einem frühen Stadium der Entwicklung in den Dialog mit Interessengruppen. Einen wesentlichen Beitrag zum langfristigen Risikomanagement leistet der Abgleich der strategischen Ziele mit dem Forschungsportfolio als Teil der strategischen Planung und des strategischen Controllings.

Personal: Engagierte und kompetente Mitarbeiter bilden die Grundlage für den nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg der BASF. Unser Ziel ist, das beste Team der Industrie zu bilden. Durch den internationalen Wettbewerb um hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte, der durch die demografische Entwicklung noch verstärkt werden wird, besteht das Risiko, dass offene Stellen nicht oder nur verzögert mit geeigneten Bewerbern besetzt werden können. Der Know-how-Verlust durch überproportional hohe altersbedingte Abgänge kann zu Geschäftsbeeinträchtigungen führen. Nach der schwierigen wirtschaftlichen Lage im Jahr 2009 wird sich der stetige Anstieg des Wettbewerbs um Fach- und Führungskräfte schnell fortsetzen. In Europa sind hiervon insbesondere die ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fachrichtungen betroffen. Hier ist bereits heute eine Verknappung auf der Angebotsseite spürbar.

Mit den globalen Programmen Generations@Work, Diversity + Inclusion, der Weiterentwicklung unserer Arbeitgebermarke (Employer Branding) und verstärkter Personalentwick-

lung sowie ergänzenden regionalen Initiativen begegnen wir diesen Risiken. Diese Maßnahmen zielen gleichermaßen auf eine effektive Personalgewinnung und -bindung.

Insgesamt schätzen wir das Risiko einer Beeinträchtigung unserer Geschäftsentwicklung durch den Verlust von Führungskräften und Mitarbeitern als signifikant ein. Mittel- bis langfristig erwarten wir zudem ein Ansteigen dieses Risikos und begegnen dieser Entwicklung bereits heute mit den oben genannten Maßnahmen und verstärkten Investitionen in Personalmarketing und Personalentwicklung.

Risiken aus Akquisitions- und Investitionsentscheidungen: Akquisitions- und Investitionsentscheidungen beinhalten in ihrer Umsetzung komplexe Risiken. Die Bewertung von Risiken und Chancen spielt bereits bei der Prüfung potenzieller Akquisitionsziele eine wesentliche Rolle. Eine detaillierte Analyse und Quantifizierung erfolgt im Rahmen der Due Diligence. Risiken sind beispielsweise: erhöhte Personalfuktuation, eine verzögerte Realisierung von Synergien oder die Übernahme von im Vorfeld nicht exakt quantifizierbaren Verpflichtungen. Umsetzung und Nachkontrolle erfolgen deshalb nach festgelegten Prozessen. Naturgemäß unterliegen die akquirierten Geschäfte den allgemeinen Marktrisiken und geschäftsspezifischen Risiken. Deshalb werden akquirierte Geschäfte zeitnah in den BASF-Risikomanagement-Prozess integriert.

Rechtliche Risiken: Zur Beurteilung von Risiken aus laufenden Rechtsstreitigkeiten und -verfahren sowie eines etwaigen Rückstellungsbedarfs werden neben der eigenen Analyse und Bewertung der Sachverhalte und geltend gemachten Ansprüchen im Einzelfall auch die Ergebnisse vergleichbarer Verfahren und unabhängige Rechtsgutachten herangezogen sowie Annahmen über Eintrittswahrscheinlichkeiten und Bandbreiten möglicher Inanspruchnahmen getroffen. Die tatsächlichen Belastungen können von diesen Einschätzungen abweichen.

Risiken aus möglichen Rechts- oder Gesetzesverletzungen begrenzen wir durch ein zentrales Vertragsmanagement und ein konzernweites Compliance-Programm.

Es ist unser Ziel, mit Hilfe von umfangreichen Abgrenzungsforschungen Patent- und Lizenzkonflikte weitestgehend zu vermeiden.

Auf Grund der getroffenen Maßnahmen stufen wir die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten eines Schadens als gering und eine potenzielle Ergebnisauswirkung als mittel ein.

Nachhaltigkeit: Die BASF bekennt sich dazu, den Schutz der Umwelt und gesellschaftlich verantwortungsvolles Handeln in die Geschäftstätigkeit zu integrieren. Verstöße gegen unsere Selbstverpflichtungen im Rahmen der Nachhaltigkeit oder gegen Gesetze stellen ein Reputationsrisiko dar und können zu operativen und strategischen Risiken führen. Um Risiken und Chancen aus Nachhaltigkeitsaspekten frühzeitig erkennen zu können, haben wir ein globales Themenmanagement für Nachhaltigkeit eingeführt. Die Ergebnisse werden dazu genutzt, Veränderungsprozesse im Unternehmen anzustoßen, um auf etwaige Risiken vorbereitet zu sein und Chancen entsprechend nutzen zu können. Um das Einhalten von Gesetzen und unserer Selbstverpflichtungen in den Bereichen Umwelt, Sicherheit und Gesundheit sowie Arbeits- und Sozialstandards überprü-

fen zu können, haben wir globale Monitoringsysteme etabliert. Diese beziehen unternehmensübergreifend auch unsere Lieferkette mit ein.

Wir stehen im kontinuierlichen Austausch mit den relevanten Interessengruppen, um die gesellschaftliche Akzeptanz unserer Geschäftsaktivitäten sicherzustellen.

Informationstechnologie: Risiken resultieren vor allem aus der Nichtverfügbarkeit von IT-Systemen und Anwendungen, der verzögerten Bereitstellung wichtiger Daten, dem Verlust oder der Manipulation von Daten und der Offenlegung vertraulicher Informationen. Dieses kann zu negativen Konsequenzen für die jeweiligen Geschäftsprozesse führen.

Um derartige Risiken zu minimieren, verfügt die BASF über stabile und redundant ausgelegte IT-Systeme, Back-up-Verfahren, Viren- und Zugangsschutz, Verschlüsselungssysteme sowie integrierte, gruppenweit standardisierte IT-Infrastrukturen und Anwendungen. Die im Einsatz befindlichen Systeme zur Informationssicherheit werden permanent geprüft und fortlaufend aktualisiert. Zudem werden alle Mitarbeiter regelmäßig im Informations- und Datenschutz geschult. Das IT-Risikomanagement erfolgt über einheitliche Regeln bei Organisation und Anwendung sowie ein darauf aufbauendes internes Kontrollsystem.

Die Wahrscheinlichkeit einer Gefährdung unserer IT-Systeme schätzen wir auf Grund der getroffenen Maßnahmen als gering ein, eine potenzielle Auswirkung aber als hoch.

Gesamtbewertung

Verglichen mit dem Vorjahr erwarten wir, dass die BASF SE 2010 einem niedrigeren Gesamtrisiko ausgesetzt ist. Die Situation zu Beginn des Jahres 2009 war durch erhebliche Unsicherheiten bezüglich der noch zu erwartenden Folgen der Rezession gekennzeichnet. Zwar ist die wirtschaftliche Erholung aus heutiger Sicht noch schwach und anfällig für temporäre Rückschläge, aber das Ausmaß absatz-, währungs-, margen- und finanzmarktbedingter Risiken bewerten wir geringer als im Vorjahr.

Die Volatilitäten von Rohstoffpreisen und Wechselkursen sowie die Unsicherheit hinsichtlich der Gesamtkonjunktur und der Entwicklung wichtiger Abnehmerindustrien bewegen sich aber weiter auf einem erhöhten Niveau.

Dennoch bestehen nach unserer Einschätzung gegenwärtig keine wesentlichen Einzelrisiken, die den Fortbestand der BASF SE gefährden. Dasselbe gilt für die Gesamtbetrachtung aller Risiken.

Ausblick

Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen: Die Weltwirtschaft hat sich nach einem tiefen Absturz im ersten Halbjahr im Verlauf des Jahres 2009 leicht erholt. Das gilt auch für das Chemiegeschäft, das sich – ausgehend von einem niedrigen Niveau – stabilisiert hat. Im Jahr 2010 rechnen wir mit einer weiteren konjunkturellen Erholung, die allerdings langsam und ungleichmäßig verlaufen wird. Risiken ergeben sich unter anderem durch weiterhin bestehende Überkapazitäten, auslaufende staatliche Konjunkturprogramme sowie steigende Arbeitslosigkeit vor allem in Europa.

Für das Jahr 2010 gehen wir von den folgenden Rahmenbedingungen aus:

- Erholung der weltweiten Chemieproduktion; deutliches Wachstumsplus (+5,3%)
- Erholung der Weltkonjunktur; moderate Steigerung des globalen Bruttoinlandsprodukts (+2,7%)
- Schwaches Wachstum in den Industrieländern (+1,8%)
- Schwaches Wachstum in der Europäischen Union (+1,1%); Wachstum in den USA (+2,6%); moderates Wachstum in Japan (+1,3%)
- Deutlich positives Wirtschaftswachstum in Asien (ohne Japan) (+7,0%) und Südamerika (+3,7%)
- Wechselkurs von durchschnittlich 1,40 US\$ pro Euro
- Ölpreis von im Jahresdurchschnitt 75 US\$/Barrel

Ab 2011 rechnen wir global mit einer deutlichen Erholung. Ab 2012 erwarten wir, dass das vormalige Trendwachstum von über +3% wieder erreicht wird.

Umsatz, Ergebnis und Investitionen: Wir erwarten für die BASF SE, dass der Umsatz im Jahr 2010 – insbesondere durch die Geschäftsübernahme von Ciba – deutlich gesteigert wird. Das Ergebnis der Betriebstätigkeit wird sich ebenfalls verbessern.

Da die wirtschaftliche Lage weiterhin schwach bleibt, behalten wir unsere Kostendisziplin bei und passen Investitionsvorhaben weiterhin den aktuellen Marktgegebenheiten an. Unsere Effizienz- und Restrukturierungsprogramme setzen wir konsequent fort. Sofern sich die Erholung der Weltwirtschaft auch nach dem Auslaufen der staatlichen Konjunkturprogramme fortsetzt, erwarten wir im Jahr 2011 einen Anstieg von Umsatz sowie Ergebnis der Betriebstätigkeit gegenüber 2010.

Das für die Jahre 2010 bis 2012 geplante Investitionsvolumen beträgt rund 1,1 Milliarden € und liegt damit voraussichtlich unter den Abschreibungen. Dies resultiert insbesondere aus planmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände aus der Ciba Akquisition. Die vorgesehenen Investitionen wollen wir aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit finanzieren. Akquisitionen sind in dem geplanten Volumen nicht berücksichtigt.

Chancen: Im Jahr 2010 können sich für uns Chancen aus einer beschleunigten Erholung sowie dem Aufbau von Vorräten in unseren Kundenindustrien ergeben. Mittel- und langfristig erwachsen außerdem Chancen aus unserer starken Position in der Forschung und in den wichtigsten Wachstumsbranchen und -regionen.

Dividende: Auch in wirtschaftlich sehr schwierigen Zeiten wollen wir unseren Aktionären eine attraktive Dividendenrendite bieten. Wir streben weiterhin an, die Dividende jährlich zu steigern, sie zumindest aber auf dem Niveau des jeweiligen Vorjahres zu halten.

Nachtragsbericht: Seit Beginn des Geschäftsjahres 2010 haben sich keine wesentlichen Änderungen der Unternehmenssituation und des Branchenumfeldes ergeben.

Rating der BASF: Wir streben an, ein solides A-Rating zu halten. Entsprechend dieser Zielsetzung gestalten wir die Kapitalstruktur und Finanzierung der BASF. Die Kapitalstruktur der BASF steuern wir unter Berücksichtigung ausgewählter Finanzkennzahlen.

Mit unseren (A+/A1)-Ratings konnten und können wir jederzeit den Kapitalmarkt für die Emission von Anleihen nutzen. Die mittel- und langfristige Fremdkapitalfinanzierung beruht in erster Linie auf Unternehmensanleihen, die in Euro und anderen Währungen über verschiedene Laufzeiten begeben werden, um eine Diversifikation der Investoren und ein ausgewogenes Fälligkeitsprofil zu erzielen.

Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB

Corporate Governance Bericht

Corporate Governance umfasst das gesamte System der Leitung und Überwachung eines Unternehmens, einschließlich seiner Organisation, seiner geschäftspolitischen Grundsätze und Leitlinien sowie der internen und externen Kontroll- und Überwachungsmechanismen. Gute und transparente Corporate Governance gewährleistet eine verantwortliche, auf Wertschöpfung ausgerichtete Leitung und Kontrolle des Unternehmens. Sie fördert das Vertrauen der nationalen und internationalen Anleger, der Finanzmärkte, der Geschäftspartner und Mitarbeiter sowie der Öffentlichkeit in die BASF.

Seit dem 14. Januar 2008 besteht die BASF in der europäischen Rechtsform der Europäischen Aktiengesellschaft. Eine ganz wesentliche Zielsetzung der Umwandlung der BASF Aktiengesellschaft in die BASF SE war die Fortentwicklung der Corporate-Governance-Struktur der BASF. Die Verkleinerung des Aufsichtsrats auf zwölf Mitglieder bei Beibehaltung der paritätischen Besetzung aus Vertretern der Aktionäre und der Arbeitnehmer sowie die Europäisierung der Arbeitnehmerseite sind bedeutende Weichenstellungen für eine moderne und effiziente Unternehmensverfassung. Bewährte Strukturen, wie das duale Verwaltungssystem mit Vorstand und Aufsichtsrat, werden in der SE beibehalten.

Leitung und Überwachung in der BASF SE

Gesetzliche Grundlagen der Unternehmensverfassung der BASF SE sind im Wesentlichen die SE-Verordnung der Europäischen Union (SE-VO), das deutsche SE-Ausführungsgesetz und das deutsche Aktiengesetz. Trotz dieser neuen gesetzlichen Grundlagen bleiben die wesentlichen Bestandteile der bewährten Unternehmensverfassung der deutschen Aktiengesellschaft in der BASF SE unverändert: das duale Leitungssystem mit Vorstand und Aufsichtsrat, die paritätische Besetzung des Aufsichtsrats mit Vertretern der Aktionäre und der Arbeitnehmer, die Mitverwaltungs- und Kontrollrechte der Aktionäre in der Hauptversammlung.

Leitung und Geschäftsführung durch den Vorstand

Im dualen Verwaltungssystem der BASF SE leitet der Vorstand das Unternehmen in eigener Verantwortung und vertritt die BASF SE bei Geschäften mit Dritten. Der Vorstand ist personell strikt vom Aufsichtsrat getrennt: Kein Mitglied des Vorstands kann zugleich Mitglied des Aufsichtsrats sein. Der Vorstand legt die Unternehmensziele und die strategische Ausrichtung der BASF-Gruppe fest. Er steuert und überwacht die Geschäftseinheiten der BASF-Gruppe durch Planung und Festlegung des Unternehmensbudgets, durch Allokation von Ressourcen und Managementkapazitäten, durch Begleitung und Entscheidung wesentlicher Einzelmaßnahmen und durch Kontrolle der operativen Geschäftsführung. Sein Handeln und seine Entscheidungen richtet er dabei am Unternehmensinteresse aus. Er verpflichtet sich dem Ziel einer nachhaltigen Steigerung des Unter-

nehmenswerts. Der Vorstand trifft Entscheidungen, die durch Gesetz, die Geschäftsordnung des Vorstands oder Beschluss des Vorstands dem Gesamtvorstand vorbehalten sind, grundsätzlich mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorstandsvorsitzenden. Ein Vetorecht gegen Beschlüsse des Vorstands hat der Vorstandsvorsitzende nicht. Im Übrigen ist jedes Vorstandsmitglied in den ihm zugewiesenen Arbeitsgebieten einzeln entscheidungsbefugt.

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements und stimmt mit dem Aufsichtsrat die strategische Ausrichtung des Unternehmens ab. Für bestimmte in der Satzung der BASF SE festgelegte Geschäfte der Gesellschaft muss der Vorstand vor Abschluss die Zustimmung des Aufsichtsrats einholen. Dazu gehören der Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Unternehmensteilen und die Emission von Anleihen und vergleichbaren Finanzinstrumenten, sofern der Erwerbs- oder Veräußerungspreis beziehungsweise der Emissionsbetrag im Einzelfall 3% des im jeweils letzten festgestellten Konzernabschluss der BASF-Gruppe ausgewiesenen Eigenkapitals übersteigt.

→ **Die Mitglieder des Vorstands und die von ihnen wahrgenommenen Mandate in Aufsichtsorganen anderer Gesellschaften sind auf der Seite 22 aufgeführt. Die Vergütung des Vorstands wird ausführlich im Vergütungsbericht auf den Seiten 17 bis 21 dargestellt.**

Überwachung der Unternehmensleitung durch den Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands und überwacht und berät diesen bei der Leitung des Unternehmens. Mitglieder des Aufsichtsrats können nicht zugleich dem Vorstand angehören, wodurch bereits strukturell ein hohes Maß an Unabhängigkeit bei der Überwachung des Vorstands sichergestellt ist.

Mit dem Rechtsformwechsel in eine SE sind wesentliche Veränderungen beim Aufsichtsrat eingetreten. Das deutsche Mitbestimmungsgesetz, die für die Aktiengesellschaft maßgebliche Rechtsgrundlage für Größe und Zusammensetzung des Aufsichtsrats, gilt für die SE nicht. Maßgebliche Rechtsgrundlagen sind vielmehr neben der SE-Verordnung die Satzung der BASF SE und die Vereinbarung über die Beteiligung der Arbeitnehmer in der BASF SE (Beteiligungsvereinbarung), die am 15. November 2007 zwischen der Unternehmensleitung und den Vertretern der europäischen Arbeitnehmer der BASF-Gruppe abgeschlossen worden ist.

→ **Mehr zur Satzung der BASF SE und zur Beteiligungsvereinbarung unter basf.com/de/investor/cg**

Der Aufsichtsrat der BASF SE besteht aus zwölf Mitgliedern. Sechs Mitglieder werden von den Aktionären in der Hauptversammlung gewählt. Die anderen sechs Mitglieder werden vom BASF Europa Betriebsrat, der Vertretung der europäischen Arbeitnehmer der BASF-Gruppe, entsprechend den Vorgaben der Beteiligungsvereinbarung bestellt.

→ **Die Mitglieder des Aufsichtsrats der BASF SE und die von ihnen wahrgenommenen Mandate in Aufsichtsorganen anderer Gesellschaften sind auf den Seiten 23 bis 24 aufgeführt. Die Vergütung des Aufsichtsrats wird ausführlich im Vergütungsbericht auf den Seiten 17 bis 21 dargestellt.**

Der Aufsichtsrat trifft seine Entscheidungen durch Beschlüsse, die mit einfacher Mehrheit der bei der Abstimmung teilnehmenden Aufsichtsratsmitglieder gefasst werden. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, der immer ein von den Aktionären gewähltes Aufsichtsratsmitglied sein muss. Dieses Beschlussverfahren gilt auch für die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern durch den Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat der BASF SE hat insgesamt drei Aufsichtsratsausschüsse eingerichtet: den Personalausschuss, den Prüfungsausschuss und den Nominierungsausschuss.

Der **Personalausschuss** bereitet unter anderem die Bestellung der Vorstandsmitglieder durch den Aufsichtsrat vor und behandelt die mit den Vorstandsmitgliedern abzuschließenden Anstellungsverträge. Außerdem bereitet er die Beschlussfassung des Aufsichtsrats über die Festsetzung der Vorstandsvergütung sowie die Überprüfung des Systems zur Vergütung der Vorstandsmitglieder und der Höhe der Vorstandsvergütung vor. Dem Ausschuss gehören der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. h.c. Eggert Voscherau als Vorsitzender, die stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Michael Diekmann und Robert Oswald sowie Michael Vassiliadis an.

Der **Prüfungsausschuss** bereitet die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrats zur Billigung des Jahres- und Konzernabschlusses vor und erörtert die Quartals- und Halbjahresberichte vor ihrer Veröffentlichung mit dem Vorstand. Darüber hinaus befasst er sich mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems, des internen Revisionssystems sowie mit Fragen der Compliance. Der Prüfungsausschuss ist zudem für die Beziehungen zum Abschlussprüfer der Gesellschaft zuständig: Er bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers vor, überwacht dessen Unabhängigkeit, legt gemeinsam mit dem Abschlussprüfer die Schwerpunkte der Abschlussprüfung fest, vereinbart das Prüfungshonorar und legt die Bedingungen für die Erbringung von Leistungen außerhalb der Abschlussprüfung durch den Abschlussprüfer fest. Mitglieder dieses Ausschusses sind Max Dietrich Kley als Vorsitzender, Ralf-Gerd Bastian, Franz Fehrenbach und Michael Vassiliadis.

Max Dietrich Kley verfügt über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren; er war bis April 2003 Mitglied des Vorstands der BASF Aktiengesellschaft.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex hat der Aufsichtsrat der BASF SE einen **Nominierungsausschuss** eingesetzt, der die Vorschläge an die Hauptversammlung zur Wahl der Aufsichtsratsmitglieder vorbereiten soll. Dem Nominierungsausschuss gehören die von der Hauptversammlung gewählten Mitglieder des Aufsichtsrats an, also Dr. h.c. Eggert Voscherau, Prof. Dr. François Diederich, Michael Diekmann, Franz Fehrenbach, Stephen K. Green und Max Dietrich Kley.

Rechte der Aktionäre

Die Aktionäre nehmen ihre Mitverwaltungs- und Kontrollrechte in der Hauptversammlung wahr. Jede Aktie der BASF SE gewährt eine Stimme. Die Aktionäre haben die Möglichkeit, ihr Stimmrecht in der Hauptversammlung selbst auszuüben oder es durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl oder durch einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft ausüben zu lassen. Eine Höchstgrenze für Stimmrechte eines Aktionärs oder Sonderstimmrechte bestehen nicht. Damit ist das Prinzip „one share, one vote“ vollständig umgesetzt. Jeder Aktionär ist berechtigt, an der Hauptversammlung teilzunehmen, dort das Wort zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten zu ergreifen und Auskunft über Angelegenheiten der Gesellschaft zu verlangen, soweit dies zur sachgemäßen Beurteilung eines Gegenstands der Tagesordnung erforderlich ist. Die Hauptversammlung wählt die Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrats und beschließt insbesondere über die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats, die Verwendung des Bilanzgewinns, Kapitalmaßnahmen, die Ermächtigung zum Aktienrückkauf sowie über Satzungsänderungen.

Deutscher Corporate Governance Kodex

Die BASF misst guter Corporate Governance einen hohen Stellenwert bei. Sie unterstützt deshalb den Deutschen Corporate Governance Kodex als ein wichtiges Instrument zur kapitalmarktorientierten Weiterentwicklung von Unternehmensführung und -kontrolle und bekennt sich zu einer verantwortungsbewussten Unternehmensführung, die auf eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes ausgerichtet ist.

Die BASF SE entspricht sämtlichen Empfehlungen des im Juni 2009 geänderten Deutschen Corporate Governance Kodex. Dies gilt auch für die neuen Empfehlungen des Kodex zu Fragen der Vorstandsvergütung, zum Selbstbehalt bei der D&O-Versicherung für den Aufsichtsrat, zu den Anforderungen bei der Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat sowie zur Anzahl von Aufsichtsratsmandaten der Vorstandsmitglieder in konzernexternen börsennotierten Gesellschaften.

Die gemeinsame Entsprechenserklärung 2009 von Vorstand und Aufsichtsrat der BASF SE ist am Ende dieses Kapitels auf Seite 16 wiedergegeben. Ebenso erfüllt die BASF fast vollständig die nichtobligatorischen Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Einzige Ausnahme ist die Anregung zur Berücksichtigung von auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogenen Komponenten bei der Vergütung des Aufsichtsrats. Die Vergütung des Aufsichtsrats der BASF SE enthält keine besondere Vergütungskomponente, die durch eine mehrjährige Bemessungsgrundlage an den langfristigen Unternehmenserfolg geknüpft ist. Allerdings ist die am Gewinn pro Aktie bemessene jährliche variable Vergütungskomponente

insofern an einer langfristigen Gewinnsteigerung ausgerichtet, als der für die gleiche variable Vergütung erforderliche Gewinn pro Aktie jährlich ansteigt.

→ **Mehr zur Entsprechenserklärung 2009, zum Überblick über die Umsetzung der Kodex-Anregungen und zum Deutschen Corporate Governance Kodex unter basf.com/governance_d**

Grundwerte und Leitlinien der BASF-Gruppe/Verhaltenskodex

Zur Gewährung eines hohen Corporate-Governance-Standards hat der Vorstand mit den „Grundwerten und Leitlinien“ der BASF-Gruppe und dem „Verhaltenskodex/Compliance-Programm“ die geschäftspolitischen Grundsätze und Verhaltensleitlinien für die Tätigkeit der BASF festgelegt und im gesamten Unternehmen bekannt gemacht. Im Verhaltenskodex werden die Anforderungen an das Verhalten der Mitarbeiter, basierend auf dem Grundwert der Integrität, detailliert beschrieben. Besonders wichtig ist für uns die Einhaltung aller einschlägigen Gesetze, und zwar insbesondere kartell- und wettbewerbsrechtlicher Vorschriften, von Embargo- und Exportkontrollbestimmungen einschließlich der Chemiewaffenkontrollgesetze sowie arbeitsrechtlicher und anlagensicherheitsrechtlicher Bestimmungen. Dazu gehört auch das Verbot, Insiderwissen für persönliche Zwecke auszunutzen, das Verbot, Geschäftspartnern und Vertretern staatlicher Stellen Vorteile zu gewähren oder sich solche Vorteile gewähren zu lassen, und der verantwortungsvolle Umgang mit dem Vermögen der BASF. Unsere interne Revision prüft regelmäßig in Zusammenarbeit mit dem Chief Compliance Officer der BASF die Einhaltung der Verhaltensregeln.

→ **Mehr zu Grundwerten und Leitlinien sowie zum Verhaltenskodex unter basf.com/grundwerte**

Compliance

Unser gruppenweites Compliance-Programm hat das Ziel, Rechtsverstößen wie Korruptionsvorfällen vorzubeugen und den Grundwert Integrität im Unternehmen noch stärker zu verankern. Gleichzeitig hilft es uns, unseren Verhaltenskodex im Unternehmensalltag umzusetzen. So minimieren wir mögliche Compliance-Risiken für die BASF.

Als eines der ersten Unternehmen in Deutschland hat BASF 2002 einen Chief Compliance Officer (CCO) benannt. Er steuert die gruppenweite Umsetzung und die Weiterentwicklung unseres Compliance-Programms. Ein weltweites Netzwerk von rund 100 Compliance-Beauftragten unterstützt ihn dabei. Grundlage ist ein System aus Schulungen, Beratungsstellen und Monitoringinstrumenten. Die regelmäßige Berichterstattung des CCO an den Vorstand enthält insbesondere Ergebnisse von Compliance-Prüfungen und Erkenntnisse aus unserer Compliance-Hotline, die über den Einzelfall hinaus relevant sind. Über wichtige Sachverhalte informiert der Vorstand den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats.

Voraussetzung für die Umsetzung unserer Richtlinien im Arbeitsalltag ist, dass jeder Mitarbeiter diese kennt, sie verinnerlicht und sich darauf verpflichtet. Daher erhalten alle unsere Mitarbeiter im Jahr ihres Eintritts bei BASF eine verpflichtende Grundschulung zu Compliance. Anschließende Auffrischungsschulungen führen wir unter anderem mit interaktiven Lernprogrammen durch. Darüber hinaus gehören zu unserem

Compliance-Programm Schulungen zu speziellen Themen wie Embargobestimmungen und Kartellrecht, die auf die Verantwortungsgebiete der Mitarbeiter abgestimmt sind. Im Jahr 2009 haben über 25.000 Mitarbeiter an Compliance-Schulungen teilgenommen.

In Nicht-OECD-Ländern prüfen wir bei der Auswahl von Lieferanten mit einem Fragebogen, ob sie einen Verhaltenskodex etabliert haben.

Sollte es trotz aller vorbeugenden Maßnahmen zu Verstößen kommen, wollen wir diese möglichst schnell verfolgen und beheben. Über unsere externen gruppenweiten Hotlines können Mitarbeiter nicht nur Fragen zum persönlichen Verhalten stellen, sondern auch auf fragwürdige Vorfälle im Unternehmen hinweisen, wenn gewünscht anonym. Die Nutzung der Hotline hat erstmals seit ihrer Einrichtung leicht abgenommen. 2009 gingen 267 Anrufe und E-Mails mit Fragen oder Hinweisen ein. Das Themenspektrum reichte von betrieblichen Belangen bis zu strafrechtlich relevanten Verhaltensweisen.

Unsere Konzernrevision unterstützt das Compliance-Programm mit Prüfungen und untersucht unter anderem regelmäßig, ob der Umgang mit Geschäftspartnern und Vertretern staatlicher Stellen unseren Grundsätzen entspricht. Im Jahr 2009 haben wir gruppenweit 109 (2008: 60) solcher Audits durchgeführt. Bei diesen Prüfungen erkannte oder bei unserer Hotline gemeldete Fälle von Fehlverhalten untersuchen wir ausnahmslos. Bei Bedarf ziehen wir Konsequenzen, die von Abmahnungen bis hin zu Entlassungen reichen. Je nach Sachlage fordern wir auch Schadenersatz und schalten die Behörden ein.

Mit externen Partnern setzen wir uns auch außerhalb unseres Unternehmens in Initiativen dafür ein, Korruption zu verhindern. Als Mitglied des UN Global Compact (GC) beteiligen wir uns aktiv an der Umsetzung des GC-Prinzips zur Korruptionsbekämpfung. Seit dem Jahr 2003 sind wir Mitglied bei Transparency International Deutschland e.V., deren Arbeit im Bereich der Korruptionsbekämpfung wir intensiv unterstützen. Seit 2008 nehmen wir an der „Partnering Against Corruption Initiative“ (PACI) des World Economic Forum Davos teil.

→ **Mehr zu Compliance, unseren Grundwerten, Leitlinien und unserem Verhaltenskodex unter basf.com/compliance_d**

Angaben gemäß § 289 Abs. 4 Handelsgesetzbuch und erläuternder Bericht des Vorstands nach § 176 Abs. 1 Satz 1 Aktiengesetz

Zum 31. Dezember 2009 betrug das gezeichnete Kapital der BASF SE 1.175.652.728,32 €, eingeteilt in 918.478.694 Inhaberkonten ohne Nennbetrag. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Stimmrechts- und Übertragungsbeschränkungen bestehen nicht. Mit allen Aktien sind die gleichen Rechte und Pflichten verbunden. Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung von Aktien (Ausstellung von Aktienurkunden) ist nach der Satzung ausgeschlossen. Verschiedene Aktiengattungen oder Aktien mit Sonderrechten bestehen nicht.

Für die Bestellung und die Abberufung der Mitglieder des Vorstands gelten die gesetzlichen Bestimmungen in Artikel 39 SE-VO, § 16 SE-Ausführungsgesetz und §§ 84, 85 Aktiengesetz sowie § 7 der Satzung der BASF SE. Danach werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Die Mitglieder des Vorstands werden für einen Zeitraum von

höchstens fünf Jahren bestellt, wobei Wiederbestellungen zulässig sind. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied abberufen, wenn ein wichtiger Grund für die Abberufung besteht. Wichtige Gründe sind insbesondere eine grobe Verletzung der Vorstandspflichten und die Entziehung des Vertrauens durch die Hauptversammlung. Über die Bestellung und Abberufung entscheidet der Aufsichtsrat nach eigenem pflichtgemäßem Ermessen.

Die Änderung der Satzung der BASF SE bedarf nach Art. 59 Absatz 1 SE-VO eines Beschlusses der Hauptversammlung, der mit einer Mehrheit von nicht weniger als zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gefasst worden ist, sofern nicht die für deutsche Aktiengesellschaften nach dem Aktiengesetz geltenden Vorschriften eine größere Mehrheit vorsehen oder zulassen. Das Aktiengesetz sieht für Satzungsänderungen in § 179 Abs. 2 eine Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals vor. Änderungen der Satzung, die lediglich die Satzungsfassung betreffen, kann nach § 12 Ziffer 6 der Satzung der BASF SE der Aufsichtsrat beschließen. Dies betrifft insbesondere die Anpassung des Grundkapitals und der Aktienzahl nach der Einziehung zurückgekaufter BASF-Aktien und nach einer Neuausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital.

Der Vorstand der BASF SE ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 30. April 2009 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 30. April 2014 das gezeichnete Kapital um bis zu insgesamt 500 Millionen € durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlage zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Den Aktionären ist dabei ein Bezugsrecht auf die neuen Aktien zu gewähren. Dies kann auch dadurch geschehen, dass die neuen Aktien von einem Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, diese den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Der Vorstand ist demgegenüber ermächtigt, in bestimmten (in § 5 Ziffer 8 der Satzung der BASF SE genannten) eng begrenzten Ausnahmefällen das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn bei der Kapitalerhöhung gegen Geldeinlagen der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der BASF-Aktie nicht wesentlich unterschreitet und gemessen am bisherigen Aktienbestand nicht mehr als 10 % neue Aktien ausgegeben werden.

Im Fall eines Kontrollwechsels erhalten die Vorstandsmitglieder unter bestimmten zusätzlichen Voraussetzungen eine Entschädigung, die im Einzelnen im Vergütungsbericht auf den Seiten 19 bis 20 beschrieben ist. Ein Kontrollwechsel liegt dabei vor, wenn ein Aktionär der BASF den Besitz von mindestens 25 % der BASF-Aktien oder die Aufstockung einer solchen Beteiligung mitteilt. Darüber hinaus erhalten Arbeitnehmer der BASF SE und Tochtergesellschaften, die als sogenannte Obere Führungskräfte der BASF-Gruppe eingestuft sind, eine Abfindung, wenn ihr Anstellungsverhältnis innerhalb eines Zeitraums von 18 Monaten nach dem Eintritt eines Kontrollwechsels von Seiten des Unternehmens beendet wird, es sei denn, die Beendigung ist durch ein schuldhaftes Verhalten des Arbeitnehmers veranlasst. Der gekündigte Arbeitnehmer erhält in diesem Fall eine Abfindung in Höhe von maximal 1,5 Jahresbezügen (Festgehalt), abhängig von der Anzahl der Monate, die seit dem Kontrollwechsel verstrichen sind.

Die übrigen nach § 289 Abs. 4 Handelsgesetzbuch geforderten Angaben betreffen Umstände, die bei der BASF SE nicht vorliegen.

Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung

Die Gesellschaft hat eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung abgeschlossen, in deren Deckung die Tätigkeit der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats einbezogen ist (D&O-Versicherung). Diese Versicherung sieht einen angemessenen Selbstbehalt vor. Ab dem 1. Juli 2010 wird in der D&O-Versicherung der für den Vorstand durch § 93 Abs. 3 Aktiengesetz gesetzlich vorgeschriebene beziehungsweise der für den Aufsichtsrat vom Deutschen Corporate Governance Kodex empfohlene Selbstbehalt vereinbart.

Aktienbesitz von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats

Kein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats hält Aktien der BASF SE und darauf bezogene Optionen oder sonstige Derivate, die 1 % des Grundkapitals oder mehr repräsentieren. Darüber hinaus beträgt auch der Gesamtbesitz an Aktien der BASF SE und sich darauf beziehender Finanzinstrumente aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Aktiengeschäfte von Vorstand und Aufsichtsrat (meldepflichtige Wertpapiergeschäfte nach § 15a Wertpapierhandelsgesetz)

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sowie bestimmte Angehörige sind nach § 15a Wertpapierhandelsgesetz verpflichtet, den Erwerb und die Veräußerung von BASF-Aktien und anderer darauf bezogener Rechte der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Gesellschaft mitzuteilen, sofern die Wertgrenze von 5.000 € innerhalb des Kalenderjahres überschritten wird.

Im Jahr 2009 sind von Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat und deren meldepflichtigen Angehörigen insgesamt drei meldepflichtige Erwerbsgeschäfte mit Stückzahlen zwischen 150 und 230 BASF-Aktien mitgeteilt worden. Der Preis pro Stück lag zwischen 28,28 € und 44,65 CHF. Das Volumen der einzelnen Geschäfte lag zwischen 4.242,00 € und 20.092,50 CHF.

→ **Alle im Jahr 2009 mitgeteilten Geschäfte sind im Internet veröffentlicht unter basf.com/governance/sharedealings_d**

Entsprechenserklärung 2009

des Vorstands und des Aufsichtsrats der BASF SE

Vorstand und Aufsichtsrat der BASF SE erklären gemäß § 161 AktG

1. Den vom Bundesministerium der Justiz am 8. August 2008 im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex wurde seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung vom 3. Dezember 2008 entsprochen.

2. Den vom Bundesministerium der Justiz am 5. August 2009 im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex wird entsprochen.

Ludwigshafen, den 11. Dezember 2009

Der Aufsichtsrat
der BASF SE

Der Vorstand
der BASF SE

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht beschreibt die Grundzüge des Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder und erläutert Struktur und Höhe der individuellen Vorstandseinkommen. Der Bericht enthält ferner Angaben zu Leistungen, die den Vorstandsmitgliedern für den Fall der Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind sowie Angaben zur Vergütung des Aufsichtsrats.

Vergütung des Vorstands

Die Darstellung der Vergütung des Vorstands enthält die nach deutschem Handelsrecht, erweitert durch das Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetz (VorstOG), erforderlichen Angaben und richtet sich nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Die Systematik und die Höhe der Vergütung des Vorstands werden auf Vorschlag des Personalausschusses (siehe Seite 13) durch den Aufsichtsrat (siehe Seite 23) festgelegt. Diese Festlegung orientiert sich an der Größe und wirtschaftlichen Lage des Unternehmens sowie an der Leistung des Vorstands. Weltweit tätige Unternehmen aus Deutschland und Europa dienen als Referenz. Eine Überprüfung von Systematik und Höhe der Vorstandsvergütung erfolgt in regelmäßigen Abständen. Im zweiten Halbjahr 2009 wurde das System der Vorstandsvergütung dem im August 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) angepasst und die Vorstandsverträge, unabhängig von den bestehenden Vertragslaufzeiten, einvernehmlich und einheitlich für alle Vorstandsmitglieder mit Wirkung ab dem 1. Januar 2010 auf dieses System umgestellt. Das neue System wird gemäß § 120 Abs. 4 AktG am 29. April 2010 der Hauptversammlung zur Billigung vorgelegt.

Die folgenden Darstellungen beziehen sich auf die bis 31. Dezember 2009 geltende Vergütungssystematik und die danach auf das Jahr 2009 entfallende Vergütung der Mitglieder des Vorstands.

Die Bezüge des Vorstands setzen sich zusammen aus

1. einem festen Jahresgehalt,
2. einer jährlichen variablen Vergütung,
3. einer aktienkursbasierten Vergütung in Form von virtuellen Aktienoptionen (im Folgenden: Optionen) als Langfrist-Komponente,
4. Sachbezügen und sonstigen Zusatzvergütungen in unterschiedlichem Umfang sowie
5. einer betrieblichen Altersversorgung.

Die Höhe der jährlichen variablen Vergütung, die gewährten Optionen und die Höhe der Altersversorgung werden maßgeblich vom Unternehmenserfolg bestimmt. Im Rahmen der Gesamtvergütung kommt dem Unternehmenserfolg deshalb ein besonderes Gewicht zu.

Die Vergütungskomponenten stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

1. Die jährliche feste Vergütung wird in gleichen monatlichen Raten ausgezahlt.
2. Die Gesamtkapitalrendite bildet die Bemessungsgrundlage für die variable Vergütung aller Mitarbeitergruppen und bestimmt – letztmals 2009 als alleinige Grundlage – auch die jährliche variable Vergütung des Vorstands (Jahrestantieme). Die Jahrestantieme wird jeweils im Anschluss an die Hauptversammlung für das abgelaufene Geschäftsjahr ausgezahlt. Die Mitglieder des Vorstands können wie andere Mitarbeitergruppen auch zu Gunsten von Versorgungsanwartschaften auf Teile ihrer variablen Vergütung in Höhe von bis zu 30.000 € jährlich verzichten (Gehaltsumwandlung). Von dieser Möglichkeit haben die Vorstandsmitglieder in unterschiedlichem Umfang Gebrauch gemacht.
3. Der Vorstand hat die Möglichkeit, am BASF-Optionsprogramm (BOP) für Obere Führungskräfte teilzunehmen. Im Rahmen des BOP kann der Teilnehmer seine Optionsrechte frühestens zwei Jahre nach ihrer Gewährung ausüben (Wartefrist). Für die Mitglieder des Vorstands gilt eine verlängerte Wartefrist von vier Jahren. Zu den weiteren Einzelheiten des BASF-Optionsprogramms siehe die Seiten 18 bis 19.
4. Zu den Sachbezügen und sonstigen Zusatzvergütungen zählen Delegationszulagen, Prämien für Unfallversicherung und Ähnliches sowie geldwerte Vorteile durch die Zurverfügungstellung von Kommunikationsmitteln, Verkehrsmitteln und Sicherheitsmaßnahmen. Kredite und Vorschüsse wurden Mitgliedern des Vorstands nicht gewährt.
5. Die Einzelheiten der betrieblichen Altersversorgung sind im Abschnitt Versorgungszusagen auf Seite 19 dargestellt.

Auf Basis dieser Grundsätze ergab sich folgende Vergütung für die einzelnen Mitglieder des Vorstands:

Tausend €

	Erfolgsunabhängige Vergütung			Erfolgs- bezogene Vergütung	Gewährte Optionen			
	Jahr	Fest- vergütung	Sachbe- züge und sonstige Zusatzver- gütungen	Jahres- tantieme ¹	Bar- vergütung Gesamt	Anzahl	Marktwert zum Zeit- punkt der Gewährung	Gesamt- vergütung (Barvergütung plus gewährte Optionsrechte)
Dr. Jürgen Hambrecht Vorsitzender	2009	1.100	105	1.525	2.730	94.200	647	3.377
	2008	1.100	112	2.220	3.432	74.328	967	4.399
Dr. h.c. Eggert Voscherau Stellv. Vorsitzender (bis 24.04.2008)	2009	-	-	-	-	-	-	-
	2008	244	33	492	769	-	-	769
Dr. Kurt Bock	2009	705 ³	1.075 ⁴	763	2.543	47.100	324	2.867
	2008	555 ³	855 ⁴	1.110	2.520	37.160	483	3.003
Dr. Martin Bruder Müller	2009	583 ³	982 ⁴	763	2.328	47.100	324	2.652
	2008	550	941 ⁴	1.110	2.601	37.160	483	3.084
Dr. Hans-Ulrich Engel (seit 04.03.2008)	2009	550	137	763	1.450	41.840	287	1.737
	2008	457	325 ²	925	1.707	11.944	155	1.862
Dr. John Feldmann	2009	550	66	763	1.379	47.100	324	1.703
	2008	550	71	1.110	1.731	37.160	483	2.214
Dr. Andreas Kreimeyer	2009	550	98	763	1.411	40.000	275	1.686
	2008	550	98	1.110	1.758	37.160	483	2.241
Dr. Stefan Marcinowski	2009	550	102	763	1.415	47.100	324	1.739
	2008	550	83	1.110	1.743	37.160	483	2.226
Peter Oakley (bis 14.01.2008)	2009	-	-	-	-	-	-	-
	2008	113	22	231	366	-	-	366
Dr. Harald Schwager	2009	550	198 ²	763	1.511	47.100	324	1.835
	2008	550	337 ²	1.110	1.997	14.728	192	2.189
	Summe 2009:	5.138	2.763	6.866	14.767	411.540	2.829	17.596
	Summe 2008:	5.219	2.877	10.528	18.624	286.800	3.729	22.353

¹ Basis für die Jahrestantieme ist die Gesamtkapitalrendite, die um Sondereffekte bereinigt wurde. Der Ausweis erfolgt einschließlich etwaiger Gehaltsumwandlungsbeträge.

² Enthält Aufwand für Sicherheitsmaßnahmen am Wohnhaus anlässlich der Bestellung zum Vorstand

³ Zahlung erfolgt im Ausland in lokaler Währung auf Basis eines sich in Deutschland theoretisch ergebenden Nettogehalts. Hierdurch ergibt sich die Abweichung zur vertraglichen Brutto-Festvergütung in Euro (550 Tausend € pro Jahr).

⁴ Enthält delegationsbedingte Zahlungen, wie zum Beispiel die Übernahme ortsüblicher Mietkosten

Während im Jahr 2008 auf die zugeteilten Optionsrechte für BASF ein Ertrag entfiel, führten sie im Jahr 2009 zu einem Aufwand (Personalaufwand). Dieser Personalaufwand bezieht sich auf die Summe aller Optionsrechte aus den Programmen BOP 2002 bis BOP 2009. Er ergibt sich aus einer stichtagsbezogenen Bewertung dieser Optionsrechte zum 31. Dezember 2009 und der Veränderung dieses Wertes gegenüber dem 31. Dezember 2008 unter Berücksichtigung der im Jahr 2009 ausgeübten und neu gewährten Optionsrechte. Maßgeblich für die Bewertung der Optionsrechte sind dabei die Kursentwicklung der BASF-Aktie und ihre Outperformance gegenüber den in den Programmen BOP 2002 bis BOP 2009 festgelegten Vergleichsindizes. Da der Wert der zum 31. Dezember 2009 vorhandenen Optionsrechte höher war als der Wert der zum 31. Dezember 2008 vorhandenen Optionsrechte, entfällt auf das Jahr 2009 ein Personalaufwand. Hauptursache hierfür ist die positive Entwicklung der BASF-Aktie.

Der auf das Jahr 2009 entfallende Personalaufwand der zugeteilten Optionsrechte beträgt für Dr. Jürgen Hambrecht 3.666 Tausend € (2008: Ertrag in Höhe von 1.055 Tausend €), für Dr. Kurt Bock 2.480 Tausend € (2008: Ertrag in Höhe von 1.045 Tausend €), für Dr. Martin Bruder Müller 1.883 Tausend € (2008: Ertrag in Höhe von 790 Tausend €), für Dr. Hans-Ulrich Engel 1.918 Tausend € (2008: Ertrag in Höhe von 1.458 Tausend €), für Dr. John Feldmann 1.833 Tausend € (2008: Ertrag in Höhe von 621 Tausend €), für Dr. Andreas Kreimeyer 1.768 Tausend € (2008: Ertrag in Höhe von 416 Tausend €), für Dr. Stefan Marcinowski 1.833 Tausend € (2008: Ertrag in Höhe von 446 Tausend €) und für Dr. Harald Schwager 901 Tausend € (2008: Ertrag in Höhe von 151 Tausend €).

Der dargestellte Personalaufwand beziehungsweise der Ertrag im Jahr 2008 ist als rechnerische Größe jeweils nicht mit dem tatsächlichen Zufluss der realisierten Gewinne bei Ausübung der Optionsrechte gleichzusetzen. Über Zeitpunkt und Umfang der Ausübungen der Optionsrechte aus den einzelnen Jahren entscheiden die Mitglieder des Vorstands unter Beachtung der allgemeinen Bedingungen und Obergrenzen des BASF-Optionsprogramms (BOP) für Obere Führungskräfte.

Die Mitglieder des Vorstands werden unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts in die Deckung einer von der Gesellschaft abgeschlossenen Vermögensschadens-Haftpflichtversicherung (D&O-Versicherung) einbezogen.

Versorgungszusagen

Im Rahmen der den Mitgliedern des Vorstands erteilten Versorgungszusagen werden jährliche Rentenbausteine angesammelt. Dabei entspricht die Systematik zur Bestimmung der Höhe der Versorgungsleistungen grundsätzlich derjenigen, die auch den Versorgungszusagen für andere Mitarbeitergruppen zu Grunde liegt. Ziel dieser Systematik ist es, sowohl dem Unternehmenserfolg als auch dem Karriereverlauf des jeweiligen Vorstandsmitglieds einen maßgeblichen Einfluss auf die Höhe der erreichbaren Versorgungsleistung einzuräumen.

Der im jeweiligen Geschäftsjahr zu erwerbende Pensionsanspruch (Rentenbaustein) setzt sich aus einem fixen und einem variablen Teil zusammen. Der fixe Teil ergibt sich durch Multiplikation der jährlichen Festvergütung oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung mit einem Prozentsatz (Versorgungsfaktor) von 35 %. Der hieraus resultierende Betrag wird mittels versicherungsmathematischer Faktoren verrentet, also unter Berücksichtigung eines Rechnungszinses (5 %), einer Sterbe-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenwahrscheinlichkeit (Heubeck-Richttafeln 2005G) sowie einer angenommenen Rentenanpassung (1,5 % pro Jahr) in eine lebenslange Rente umgerechnet. Ab Eintritt des Versorgungsfalls wird diese Rente gezahlt. Der variable Teil des Rentenbausteins ist von der Gesamtkapitalrendite des jeweiligen Geschäftsjahres abhängig. Als Basis wird eine Gesamtkapitalrendite von 12 % zu Grunde gelegt, bei deren Erreichen der variable Teil des Rentenbausteins dem fixen Teil entspricht. Davon ausgehend entwickelt sich die Höhe des variablen Teils des Rentenbausteins zwischen 10 und 14 % Gesamtkapitalrendite linear. Oberhalb von 14 % Gesamtkapitalrendite flacht der Anstieg des variablen Teils ab, unterhalb von 10 % Gesamtkapitalrendite verstärkt sich sein Absinken. Der fixe und der variable Teil ergeben zusammen den für das entsprechende Geschäftsjahr erworbenen Rentenbaustein. Die einzelnen in den jeweiligen Geschäftsjahren erworbenen Rentenbausteine werden aufsummiert und bestimmen im Versorgungsfall die dem jeweiligen Vorstandsmitglied zustehende Versorgungsleistung. Der Versorgungsfall tritt ein bei Beendigung des Dienstverhältnisses nach Vollendung des 60. Lebensjahres oder auf Grund von Invalidität oder Tod. Die laufenden Rentenleistungen werden entsprechend der Veränderung des „Verbraucherpreisindex für Deutschland“, mindestens aber um 1 % pro Jahr, angepasst.

Die Rentenbausteine umfassen auch eine Anwartschaft auf Hinterbliebenenleistungen. Im Falle des Todes eines aktiven oder ehemaligen Vorstandsmitglieds erhalten der hinterbliebene Ehegatte 60 %, jede Halbwaise 10 %, eine Vollwaise 33 %, zwei

Vollwaisen je 25 % sowie drei und mehr Vollwaisen je 20 % der Versorgungsleistung, auf die das (ehemalige) Vorstandsmitglied Anspruch oder Anwartschaft hatte. Die Höchstgrenze für die Hinterbliebenenleistungen insgesamt beträgt 75 % der Vorstandspension. Übersteigen die Hinterbliebenenleistungen diese Höchstgrenze, werden sie verhältnismäßig gekürzt.

Wie grundsätzlich alle Mitarbeiter der BASF SE, sind auch die Mitglieder des Vorstands Mitglied der BASF Pensionskasse VVaG. Beitragszahlung und Versorgungsleistungen bestimmen sich dabei nach deren Satzung und den Allgemeinen Versicherungsbedingungen.

Die Kosten für die im Jahr 2009 erworbenen Versorgungsansprüche (Service Cost) betragen für Dr. Jürgen Hambrecht 58 Tausend € (2008: 333 Tausend €), für Dr. Harald Schwager 175 Tausend € (2008: 556 Tausend €), für Dr. Kurt Bock 163 Tausend € (2008: 546 Tausend €), für Dr. John Feldmann 228 Tausend € (2008: 571 Tausend €), für Dr. Hans-Ulrich Engel 447 Tausend € (2008: 448 Tausend €), für Dr. Andreas Kreimeyer 209 Tausend € (2008: 558 Tausend €), für Dr. Stefan Marcinowski 219 Tausend € (2008: 559 Tausend €) und für Dr. Martin Bruder Müller 136 Tausend € (2008: 555 Tausend €). In diesen Beträgen sind auch die Kosten für die aus einer etwaigen Gehaltsumwandlung resultierenden Versorgungsansprüche enthalten.

Wie bei den Versorgungszusagen der Oberen Führungskräfte, wurden auch bei den Versorgungszusagen der Mitglieder des Vorstands im Jahr 2008 die Grundlagen für die Berechnung der zukünftigen jährlichen Rentenbausteine angepasst. Für Rentenbausteine, die bis zum 31. Dezember 2008 erworben wurden, galten ein Rechnungszins von 6 % (ab 1. Januar 2009: 5 %) und eine Sterbe-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenwahrscheinlichkeit gemäß Heubeck-Richttafeln 1998 (ab 1. Januar 2009: Heubeck-Richttafeln 2005G). Für neue Vorstandsmitglieder sowie bei Mandatsverlängerungen ab 1. Januar 2009 gilt außerdem ein Versorgungsfaktor von 32 % (bisher 35 %). Für Rentenbausteine, die ab dem 1. Januar 2010 erworben werden, gilt für alle Mitglieder des Vorstands ein Versorgungsfaktor von 32 %.

Leistungen bei Beendigung des Vorstandsmandats

a) Vorstandsmitglieder, deren aktuelles Mandat vor dem 1. Januar 2008 begonnen hat

Scheidet ein Vorstandsmitglied vor Vollendung des 60. Lebensjahres aus dem Dienstverhältnis aus, weil seine Bestellung entweder nicht verlängert oder widerrufen wurde, gilt dies als Eintritt des Versorgungsfalls im Sinne der Versorgungszusage. In diesem Fall ist das Unternehmen berechtigt, Bezüge aus einer anderweitigen Beschäftigung auf die Pensionsbezüge anzurechnen.

Beendigung des Vorstandsmandats nach Eintritt eines Kontrollwechsels („Change of Control“): Ein „Change of Control“ im Sinne dieser Regelung liegt vor, wenn ein Aktionär gegenüber BASF den Besitz einer Beteiligung von mindestens 25 % oder die Aufstockung einer solchen Beteiligung mitteilt.

Bei Widerruf der Vorstandsbestellung innerhalb eines Jahres nach Eintritt eines „Change of Control“ werden die Bezüge (feste Vergütung und Jahrestantieme) bis zum regulären Mandatsablauf weitergezahlt. Außerdem erhält das Vor-

standsmitglied in Abhängigkeit von der Restlaufzeit des Vertrages eine Einmalzahlung in Höhe von maximal 2,5 Jahresbezügen (aktuelle feste Vergütung und letzte Jahrestantieme). Die Summe aus der Fortzahlung der Bezüge und der Einmalzahlung darf fünf Jahresbezüge nicht überschreiten. Weiterhin kann sich das Vorstandsmitglied innerhalb von drei Monaten seine im Rahmen des BOP noch vorhandenen Optionen zum Marktwert abfinden lassen. Das durch den Widerruf der Vorstandsbestellung bedingte Ausscheiden gilt als Eintritt des Versorgungsfalls im Sinne der Versorgungszusage. Dabei werden die bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres fehlenden Dienstjahre bei der Ermittlung der Höhe der Versorgungsleistungen entsprechend berücksichtigt.

Beträgt bei Eintritt des „Change of Control“ der Zeitraum bis zum Ablauf des aktuellen Vorstandsmandats weniger als zwei Jahre und wird die Bestellung anschließend nicht um mindestens zwei Jahre verlängert, gilt das Vorgenannte entsprechend.

Voraussetzung für die genannten Zahlungen ist jeweils, dass das Vorstandsmitglied nicht durch schuldhaftes Verhalten zur Beendigung beziehungsweise Nichtverlängerung des Mandats Anlass gegeben hat.

b) Verträge ab 1. Januar 2008

Die Verträge für neue Mitglieder des Vorstands seit 1. Januar 2008 enthalten folgende wesentliche Änderungen:

Das Ausscheiden vor Vollendung des 60. Lebensjahres gilt nur noch dann als Eintritt des Versorgungsfalls im Sinne der Versorgungszusage, wenn das Vorstandsmitglied mindestens zehn Jahre im Vorstand war oder der Zeitraum bis zum Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters weniger als zehn Jahre beträgt. Das Unternehmen ist berechtigt, Bezüge aus einer anderweitigen Beschäftigung bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter auf die Pensionsbezüge anzurechnen.

Bei Widerruf der Vorstandsbestellung innerhalb eines Jahres nach Eintritt eines „Change of Control“ erhält das Vorstandsmitglied nur noch die bis zum regulären Mandatsablauf ausstehende Vergütung (feste Vergütung und Jahrestantieme auf Basis einer Gesamtkapitalrendite von 12%) als Einmalzahlung.

Ab 1. Januar 2009 gelten diese Änderungen auch bei Verlängerungen von aktuellen Vorstandsmandaten, die vor dem 1. Januar 2008 begonnen haben. Ab dem 1. Januar 2010 gelten diese Änderungen einheitlich für alle Mitglieder des Vorstands.

Ab 1. Januar 2010 wird einheitlich bei allen Mitgliedern des Vorstands außerdem eine generelle Begrenzung einer etwaigen Abfindung in die Verträge aufgenommen. Danach dürfen bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund die Zahlungen an das Vorstandsmitglied einschließlich Nebenleistungen den Wert von zwei Jahresvergütungen nicht überschreiten (Abfindungs-Cap) und nicht mehr als die Restlaufzeit des Anstellungsvertrages vergüten. Für die Berechnung des Abfindungs-Caps wird auf die Gesamtvergütung des abgelaufenen Geschäftsjahres und gegebenenfalls auch auf die voraussichtliche Gesamtvergütung des laufenden Geschäftsjahres abgestellt. Bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit infolge eines „Change of Control“ dürfen die Leistungen 150% des Abfindungs-Caps nicht übersteigen.

Diese generelle Abfindungsbegrenzung enthalten bereits die Verträge bei Mandatsverlängerungen seit 1. Januar 2009.

Ehemalige Vorstände

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen im Jahr 2009 beliefen sich auf 12,3 Millionen € (2008: 6,0 Millionen €). Hierin enthalten sind auch Zahlungen, die durch die früheren Mitglieder des Vorstands durch eine etwaige Gehaltsumwandlung selbst finanziert wurden sowie der auf das Jahr 2009 entfallende Personalaufwand der Optionsrechte, welche die ehemaligen Vorstandsmitglieder aus ihrer aktiven Dienstzeit noch innehaben. Die Fortführung der bei Pensionierung noch nicht ausgeübten Optionen und die damit verbundene Weitergeltung der Haltefrist für das Eigeninvestment in BASF-Aktien gemäß Programmbedingungen ist bewusst vorgesehen, um die Ausrichtung der Vorstandsvergütung auf Nachhaltigkeit besonders zu betonen. Der Personalaufwand für die Optionen ist im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der positiven Entwicklung der BASF-Aktie stark gestiegen. Hierauf beruht der rechnerische Anstieg der Gesamtbezüge. Wie bei den aktiven Mitgliedern des Vorstands ist der Personalaufwand jedoch nicht mit dem tatsächlichen Zufluss der realisierten Gewinne bei Ausübung der Optionsrechte gleichzusetzen. Die Pensionsrückstellungen für die früheren Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen betragen 87,9 Millionen € (2008: 83,4 Millionen €).

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Darstellung der Vergütung des Aufsichtsrats enthält die nach deutschem Handelsrecht erforderlichen Angaben und richtet sich nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der von der Hauptversammlung beschlossenen Satzung festgelegt.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats erhält jährlich eine feste Vergütung von 60.000 € und eine erfolgsorientierte variable Vergütung für jeden vollen 0,01 €, um den das im Konzernabschluss für das Geschäftsjahr, für das die Vergütung gezahlt wird, ausgewiesene Ergebnis je Aktie der BASF-Gruppe das Mindestergebnis je Aktie übersteigt. Für das Geschäftsjahr 2009 beträgt das Mindestergebnis je Aktie 1,40 €. Die erfolgsorientierte variable Vergütung beträgt 800 € je vollen 0,01 € Ergebnis je Aktie bis zu einem Ergebnis je Aktie von 2,15 €, 600 € für jeden weiteren 0,01 € Ergebnis je Aktie bis zu einem Ergebnis je Aktie von 2,65 € und 400 € für jeden darüber hinausgehenden 0,01 €. Die erfolgsorientierte variable Vergütung ist begrenzt auf den Höchstbetrag von 120.000 €. Das Mindestergebnis je Aktie und die weiteren Schwellenwerte erhöhen sich für jedes folgende Geschäftsjahr um jeweils 0,05 €. Auf der Basis des im Konzernabschluss 2009 ausgewiesenen Ergebnisses je Aktie von 1,54 € beträgt die erfolgsorientierte Vergütung für das Jahr 2009 11.200 €. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Zweieinhalbfache, ein stellvertretender Vorsitzender das Eineinhalbfache der Vergütung eines ordentlichen Mitglieds.

Aufsichtsratsmitglieder, die einem Ausschuss mit Ausnahme des Nominierungsausschusses angehören, erhalten hierfür eine weitere feste Vergütung in Höhe von 12.500 €. Für

den Prüfungsausschuss beträgt die weitere feste Vergütung 25.000 €. Der Vorsitzende eines Ausschusses erhält das Doppelte, ein stellvertretender Vorsitzender das Eineinhalbfache der weiteren festen Vergütung.

Die Gesellschaft leistet jedem Aufsichtsratsmitglied Ersatz seiner Auslagen sowie der von ihm wegen seiner Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats oder eines Ausschusses zu entrichtenden Umsatzsteuer. Die Gesellschaft gewährt ferner den Mitgliedern des Aufsichtsrats für ihre Teilnahme an einer Sitzung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse, denen sie

angehören, ein Sitzungsgeld von 500 € und bezieht die Aufgabenwahrnehmung der Mitglieder des Aufsichtsrats in die Deckung einer von ihr abgeschlossenen Vermögensschadens-Haftpflichtversicherung (D&O-Versicherung) mit ein.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats einschließlich des Sitzungsgeldes für die Tätigkeit im Jahr 2009 beträgt 1,3 Millionen € (2008: 2,9 Millionen €). Auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats entfallen die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Beträge:

Tausend €

	Feste Vergütung		Erfolgsorientierte variable Vergütung		Vergütung für Ausschusstätigkeit		Gesamtvergütung ⁶	
	2009	2008 ¹	2009	2008 ¹	2009	2008 ¹	2009	2008 ¹
Prof. Dr. Jürgen Strube, Vorsitzender ² (bis 30.04.2009)	50	150	9,3	278	8,3	25	67,6	453,0
Dr. h.c. Eggert Voscherau, Vorsitzender ² (ab 30.04.2009)	112,5	–	21	–	18,7	–	152,2	–
Michael Diekmann, stellv. Vorsitzender ³	90	90	16,8	166,8	9,4	–	116,2	256,8
Robert Oswald, stellv. Vorsitzender ³	90	90	16,8	166,8	12,5	12,5	119,3	269,3
Ralf-Gerd Bastian ⁵	60	60	11,2	111,2	25	25	96,2	196,2
Wolfgang Daniel	60	60	11,2	111,2	–	–	71,2	171,2
Prof. Dr. François Diederich	60	60	11,2	111,2	–	–	71,2	171,2
Franz Fehrenbach ⁵	60	60	11,2	111,2	25	25	96,2	196,2
Stephen K. Green (ab 30.04.2009)	45	–	8,4	–	–	–	53,4	–
Dr. Tessen von Heydebreck ³ (bis 30.04.2009)	20	60	3,7	111,2	4,2	12,5	27,9	183,7
Max Dietrich Kley ⁴	60	60	11,2	111,2	50	50	121,2	221,2
Ulrich Küppers (bis 30.05.2008)	–	25	–	46,4	–	–	–	71,4
Denise Schellemans	60	60	11,2	111,2	–	–	71,2	171,2
Ralf Sikorski (ab 31.05.2008)	60	45	11,2	83,4	–	–	71,2	128,4
Michael Vassiliadis ^{3, 5}	60	60	11,2	111,2	37,5	37,5	108,7	208,7
Summe:	887,5	880	165,6	1.631,0	190,6	187,5	1.243,7	2.698,5

¹ Mit Wirkung zum 14.01.2008 ist die BASF Aktiengesellschaft in eine Europäische Gesellschaft (SE) umgewandelt worden. Die Werte für 2008 enthalten auch die Vergütung für die Tätigkeit als Aufsichtsrat der BASF Aktiengesellschaft bis zum 14.01.2008

² Vorsitzender des Personalausschusses

³ Mitglied des Personalausschusses (Herr Diekmann ab 30.04.2009)

⁴ Vorsitzender des Prüfungsausschusses

⁵ Mitglied des Prüfungsausschusses

⁶ Bei Umwandlung der BASF Aktiengesellschaft in die BASF SE am 14.01.2008 sind 9 Mitglieder des Aufsichtsrats der BASF Aktiengesellschaft nicht Mitglied des Aufsichtsrats der BASF SE geworden. Diese erhielten für den Januar 2008 noch eine Vergütung in Höhe von insgesamt 132,9 Tausend €

Die Aufsichtsrats- und die Ausschussvergütungen werden fällig nach Ablauf der Hauptversammlung, die den für die Bemessung der variablen Vergütung maßgeblichen Konzernabschluss entgegennimmt. Die Vergütungen für das Jahr 2009 werden dementsprechend nach der Hauptversammlung am 29. April 2010 gezahlt.

Im Jahr 2009 hat die Gesellschaft dem Aufsichtsratsmitglied Prof. Dr. Diederich auf Grund eines mit Zustimmung des Aufsichtsrats abgeschlossenen Beratungsvertrags auf dem Gebiet der chemischen Forschung Vergütungen in Höhe von insgesamt rund 25.400 € (2008: rund 24.200 €) zuzüglich Umsatzsteuer und Auslagenersatz gezahlt.

Darüber hinaus haben Aufsichtsratsmitglieder im Jahr 2009 keine weiteren Vergütungen für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, erhalten.

→ Mehr zum Aktienbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat auf Seite 15

Organe der Gesellschaft

Vorstand

Dem Vorstand der BASF SE gehörten zum 31. Dezember 2009 acht Mitglieder an.

Dr. Jürgen Hambrecht Vorsitzender des Vorstands

Aufgabenbereich: Legal, Taxes & Insurance; Strategic Planning & Controlling; Communications & Government Relations BASF Group; Global HR – Executive Management & Development; Investor Relations; Chief Compliance Officer

Erstbestellung: 1997 (Vorsitzender seit 2003)

Ablauf des Mandats: 2011

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

Daimler AG (AR-Mitglied)
Lufthansa AG (AR-Mitglied)

Dr. John Feldmann

Aufgabenbereich: Construction Chemicals; Dispersions & Pigments; Care Chemicals; Paper Chemicals; Performance Chemicals; Polymer Research

Erstbestellung: 2000

Ablauf des Mandats: 2011

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

Bilfinger Berger AG (AR-Mitglied)

Konzernmandate i. S. v. § 100 Abs. 2 AktG:

BASF Coatings AG (AR-Mitglied)

Dr. Kurt Bock

Aufgabenbereich: Catalysts; Market & Business Development North America; Regional Functions North America; Finance; Information Services; Corporate Controlling; Corporate Audit

Erstbestellung: 2003

Ablauf des Mandats: 2012

Konzernmandate i. S. v. § 100 Abs. 2 AktG:

Wintershall Holding AG (AR-Mitglied)

Vergleichbare in- und ausländische Kontrollgremien:

The European Equity Fund, Inc.
(Mitglied des Board of Directors bis 03.09.2009)
The Central Europe and Russia Fund, Inc.
(Mitglied des Board of Directors bis 03.09.2009)

Dr. Martin Bruder Müller

Aufgabenbereich: Performance Polymers; Polyurethanes; Styrenics; Market & Business Development Asia Pacific; Regional Functions & Country Management Asia Pacific

Erstbestellung: 2006

Ablauf des Mandats: 2013

Dr. Hans-Ulrich Engel

Aufgabenbereich: Oil & Gas; Region Europe; Global Procurement & Logistics

Erstbestellung: 2008

Ablauf des Mandats: 2011

Konzernmandate i. S. v. § 100 Abs. 2 AktG:

Wintershall Holding AG (AR-Vorsitzender)
Wintershall AG (AR-Vorsitzender)

Vergleichbare in- und ausländische Kontrollgremien:

Nord Stream AG, Zug, Schweiz
(Mitglied im Shareholders' Committee seit 24.04.2009)
Ciba Holding AG, Basel, Schweiz
(Präsident des Verwaltungsrats vom 09.04. bis 23.06.2009)

Dr. Andreas Kreimeyer

Aufgabenbereich: Inorganics; Petrochemicals; Intermediates; Chemicals Research & Engineering; BASF Future Business

Erstbestellung: 2003

Ablauf des Mandats: 2012

Konzernmandate i. S. v. § 100 Abs. 2 AktG:

Wintershall Holding AG (AR-Mitglied)

Dr. Stefan Marcinowski

Aufgabenbereich: Crop Protection; Coatings; Specialty Chemicals Research; BASF Plant Science; Region South America

Erstbestellung: 1997

Ablauf des Mandats: 2012

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

DWS Investment GmbH (AR-Mitglied)

Konzernmandate i. S. v. § 100 Abs. 2 AktG:

Wintershall Holding AG (AR-Mitglied)
BASF Coatings AG (AR-Vorsitzender)

Dr. Harald Schwager

Aufgabenbereich: Human Resources; Environment, Health & Safety; Engineering & Maintenance; Verbund Site Management Europe

Erstbestellung: 2008

Ablauf des Mandats: 2011

Konzernmandate i. S. v. § 100 Abs. 2 AktG:

BASF Schwarzheide GmbH (AR-Vorsitzender)

Vergleichbare in- und ausländische Kontrollgremien:

BASF Antwerpen N.V. (Vorsitzender des Verwaltungsrats)

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der BASF SE besteht nach der Satzung aus zwölf Mitgliedern. Er ist gemäß § 35 Abs. 1 SE-Beteiligungsgesetz (SEBG) und der Beteiligungsvereinbarung zwischen der Unternehmensleitung und den Vertretern der europäischen Arbeitnehmer der BASF-Gruppe vom 15. November 2007 paritätisch besetzt. Die sechs Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat der BASF SE werden von der Hauptversammlung gewählt. Die sechs Arbeitnehmervertreter werden abweichend von Artikel 40 Abs. 2 SE-VO nicht von der Hauptversammlung gewählt, sondern gemäß der Vereinbarung über die Beteiligung der Arbeitnehmer in der BASF SE (Beteiligungsvereinbarung) von der Vertretung der Arbeitnehmer, dem BASF Europa Betriebsrat, bestellt. Die Amtszeit des Aufsichtsrats hat mit Ablauf der Hauptversammlung am 30. April 2009, in der die Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat neu gewählt worden sind, begonnen. Sie endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder für das vierte volle Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit, also der Hauptversammlung 2014, beschließt. Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Dr. h.c. Eggert Voscherau, Wachenheim (seit 30. April 2009)

Vorsitzender des Aufsichtsrats der BASF SE

Ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der BASF Aktiengesellschaft und der BASF SE

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

Carl-Zeiss AG (AR-Vorsitzender bis 15.02.2010)

CropEnergies AG (AR-Vorsitzender bis 16.07.2009)

HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie VVaG

(AR-Mitglied bis 22.07.2009)

Schott AG (AR-Vorsitzender bis 15.02.2010)

Talanx AG (AR-Mitglied bis 22.07.2009)

Vergleichbare in- und ausländische Kontrollgremien:

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) (AR-Mitglied)

Nord Stream AG, Zug, Schweiz (Mitglied des Shareholders' Committee bis 24.04.2009)

Michael Diekmann, München

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der BASF SE

Vorsitzender des Vorstands der Allianz SE

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

Linde AG (stellvertretender AR-Vorsitzender)

Siemens AG (AR-Mitglied)

Konzernmandate i. S. v. § 100 Abs. 2 AktG:

Allianz Deutschland AG (AR-Vorsitzender)

Allianz Global Investors AG (AR-Vorsitzender)

Dresdner Bank AG (AR-Vorsitzender bis 12.01.2009)

Vergleichbare in- und ausländische Kontrollgremien:

Allianz France S.A. (bis 30.11.2009: Assurances Générales de France)

(Mitglied des Verwaltungsrats)

Allianz S.p.A. (Mitglied des Verwaltungsrats)

Robert Oswald, Altrip

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der BASF SE

Vorsitzender des Betriebsrats des Werks Ludwigshafen der BASF SE und des Konzernbetriebsrats der BASF

Ralf-Gerd Bastian, Neuhofen

Mitglied des Betriebsrats des Werks Ludwigshafen der BASF SE

Wolfgang Daniel, Limburgerhof

Stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrats des Werks Ludwigshafen der BASF SE

Prof. Dr. François Diederich, Zürich/Schweiz

Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich

Franz Fehrenbach, Stuttgart

Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH

Vergleichbare in- und ausländische Kontrollgremien:

Robert Bosch Corporation (Mitglied des Board of Directors)

Stephen K. Green, London (seit 30. April 2009)

Group Chairman HSBC Holdings plc

Vergleichbare in- und ausländische Kontrollgremien:

HSBC Bank plc, Großbritannien (Vorsitzender des Board of Directors)

HSBC Private Banking Holdings (Suisse) SA

(Vorsitzender des Verwaltungsrats)

The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited, Hongkong

(Mitglied des Board of Directors)

HSBC North America Holdings Inc., USA (Mitglied des Board of Directors)

HSBC France (Mitglied des Board of Directors)

Max Dietrich Kley, Heidelberg

Rechtsanwalt

Ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der BASF Aktiengesellschaft

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

HeidelbergCement AG (AR-Mitglied)

Infineon Technologies AG (AR-Vorsitzender bis 11.02.2010)

Schott AG (AR-Mitglied bis 30.09.2009)

SGL Carbon SE (AR-Vorsitzender)

Vergleichbare in- und ausländische Kontrollgremien:

Unicredito Italiano S.p.A. (Mitglied des Board of Directors bis 29.04.2009)

Denise Schellemans, Kalmthout
Freigestellte Gewerkschaftsdelegierte

Ralf Sikorski, Wiesbaden

Landesbezirksleiter der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie – Landesbezirk Rheinland-Pfalz/Saarland

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

Villeroy & Boch AG (AR-Mitglied)
Villeroy & Boch Fliesen GmbH (AR-Mitglied)
Evonik Power Saar GmbH (stellvertretender AR-Vorsitzender)
Evonik New Energies GmbH (stellvertretender AR-Vorsitzender)

Michael Vassiliadis, Hannover

Vorsitzender des geschäftsführenden Hauptvorstands der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

K+S AG (stellvertretender AR-Vorsitzender)
K+S Kali GmbH (stellvertretender AR-Vorsitzender bis 31.07.2009)
Henkel KGaA (AR-Mitglied)
Evonik Steag GmbH (stellvertretender AR-Vorsitzender)

Aus dem Aufsichtsrat sind folgende Mitglieder mit Ablauf der Hauptversammlung der BASF SE am 30. April 2009 ausgeschieden:

Prof. Dr. Jürgen Strube, Mannheim

Vorsitzender des Aufsichtsrats der BASF SE (bis 30. April 2009)
Ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der BASF Aktiengesellschaft

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

Allianz Deutschland AG (AR-Mitglied bis 02.04.2009)
Bayerische Motoren Werke AG (stellvertretender AR-Vorsitzender)
Bertelsmann AG (stellvertretender AR-Vorsitzender)
Fuchs Petrolub AG (AR-Vorsitzender)
Hapag-Lloyd AG (AR-Mitglied bis 17.03.2009)

Dr. Tessen von Heydebreck, Berlin

Ehemaliges Mitglied des Konzernvorstands der Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

DWS Investment GmbH (stellvertretender AR-Vorsitzender bis 02.04.2009)
Deutsche Postbank AG (AR-Mitglied seit 22.04.2009)
Vattenfall Europa AG (AR-Mitglied)
Dussmann Verwaltungs AG (AR-Mitglied)

Vergleichbare in- und ausländische Kontrollgremien:

Deutsche Bank OOO (AR-Vorsitzender bis 23.06.2009)

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

das Jahr 2009 hat die BASF vor große Herausforderungen gestellt. Die Finanzmarktkrise hat spätestens mit Beginn des Jahres 2009 die reale Wirtschaft erreicht und tiefe Spuren auch im Geschäft der BASF hinterlassen. Die Geschwindigkeit des Abschwungs war ohne Beispiel in der jüngeren Vergangenheit. Die Bewältigung der Krise hat Vorstand und Mitarbeiter in höchstem Maße gefordert und hat uns bestätigt, dass

- sich frühzeitiges und entschlossenes Handeln lohnt,
- die Strategie des Unternehmens mit einem breiten Spektrum an Geschäftsfeldern und ihrer Zukunftsorientierung auf wachstumsstarke und innovative Märkte der Chemie stimmt und
- das in der BASF seit langem praktizierte Modell der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Unternehmensleitung und Arbeitnehmervertretungen sich bewährt hat.

Die BASF hat deshalb die schwierige Situation insgesamt gut bewältigt. Der Aufsichtsrat spricht dafür Vorstand und Mitarbeitern seinen besonderen Dank aus.

Wesentlich zur Bewältigung der Krise hat auch die gute Corporate Governance des Unternehmens beigetragen. Diese umfasst die gesamte Organisation und die Gesamtheit der Geschäfts- und Kontrollprozesse der BASF-Gruppe mit Vorstand und Aufsichtsrat an ihrer Spitze. Der Stellenwert guter Corporate Governance wird dadurch verdeutlicht, dass BASF sämtlichen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex entspricht. Für BASF ist auch selbstverständlich, dass die Vergütung des Vorstands in hohem Maße an den Erfolg der BASF-Gruppe geknüpft ist, im Positiven wie im Negativen. Die Entwicklung der Vorstandsvergütung beweist dies eindrücklich.

Überwachung und Beratung im kontinuierlichen Dialog mit dem Vorstand

Der Aufsichtsrat der BASF SE hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben mit großer Sorgfalt wahrgenommen. Wir haben die Geschäftsführung des Vorstands regelmäßig überwacht und in diesem Rahmen die strategische Weiterentwicklung der Gesellschaft und wesentliche Einzelmaßnahmen beratend begleitet. Hierzu hat sich der Aufsichtsrat vom Vorstand in sieben Sitzungen ausführlich durch schriftliche und mündliche Berichte über die Geschäftspolitik, die Geschäftslage und -entwicklung, die Rentabilität sowie die Unternehmensplanung einschließlich der Finanz-, Investitions- und Personalplanung der Gesellschaft und ihrer wesentlichen Beteiligungsgesellschaften sowie über Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Planungen unterrichten lassen. Der Aufsichtsrat hat die Berichte des Vorstands eingehend diskutiert und die Entwicklungsperspektiven des Unternehmens und der einzelnen Arbeitsgebiete mit dem Vorstand erörtert. Auch außerhalb der Aufsichtsratssitzungen ließ

sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats regelmäßig vom Vorstandsvorsitzenden über die aktuelle Entwicklung der Geschäftslage und wesentliche Geschäftsvorfälle informieren. In Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung war der Aufsichtsrat stets frühzeitig eingebunden. Sofern zu Einzelmaßnahmen des Vorstands, die nach Gesetz oder Satzung der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen, Entscheidungen des Aufsichtsrats erforderlich waren, haben wir darüber Beschluss gefasst.

Die von den Aktionären und von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder des Aufsichtsrats haben die Sitzungen in getrennten Vorbesprechungen vorbereitet. An allen Sitzungen des Aufsichtsrats im Jahr 2009 haben jeweils sämtliche Mitglieder teilgenommen.

Ein besonderer Schwerpunkt der Überwachungstätigkeit lag im Jahr 2009 bei der Frage der aktuellen Geschäftslage der BASF-Gruppe, die im gesamten Geschäftsjahr durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise geprägt war. Zu diesem Zweck hat der Aufsichtsrat Anfang Februar 2009 eine außerplanmäßige Aufsichtsratssitzung abgehalten, um sich vom Vorstand zeitnah über die neuesten Entwicklungen berichten zu lassen und mit diesem die daraus abzuleitenden Maßnahmen zur Krisenbewältigung zu diskutieren.

In allen Sitzungen hat sich der Aufsichtsrat mit der Weiterentwicklung der Geschäftsaktivitäten der BASF-Gruppe durch Akquisitionen, Devestitionen und Investitionsprojekte auseinandergesetzt und den Vorstand in diesen für die Zukunft des Unternehmens entscheidenden Fragen beraten. Ein herausragendes Thema war dabei die Integration der durch das erfolgreiche Übernahmeangebot erworbenen Geschäfte der Ciba. Darüber haben wir uns auch vom verantwortlichen Leiter des Integrationsteams berichten lassen. Mehrfach haben wir uns über den Stand des in der Wintershall gebündelten Gasgeschäfts informiert und wichtige Teilprojekte wie die Nord-Stream-Gasleitung durch die Ostsee und die weitere Entwicklung dieses kapitalintensiven Geschäftsfeldes diskutiert. In der Sitzung am 10. Juli 2009 haben wir uns erneut mit dem Wachstumscluster Biotechnologie beschäftigt und dabei einen besonderen Scherpunkt auf das Teilgebiet Grüne Gentechnik gelegt. Der Aufsichtsrat hat dabei mit großer Sorge zur Kenntnis genommen, dass durch das zögerliche Verhalten der verantwortlichen Instanzen in der Europäischen Union und in Deutschland vielversprechende Innovationen mit großem gesellschaftlichem Wert und wirtschaftlichem Potential behindert werden. In der Sitzung am 22. Oktober 2009 haben wir uns mit dem Thema Risikomanagement in der BASF befasst und uns über die Organisation, die Arbeitsweise und wesentliche Feststellungen des Risikomanagements berichten lassen. Weiteres wichtiges Thema der Aufsichtsratssitzung am 22. Oktober 2009 war die Umsetzung des Vorstandsvergütungsgesetzes. Auf der Grundlage der Vorschläge des Personalausschusses hat der Aufsichtsrat das für das Jahr 2009 vereinbarte Vergütungssystem für die Vorstandsmitglieder bestätigt und das ab dem Jahr 2010 anzuwendende Vergütungssystem und die Anstellungsverträge

der Vorstandsmitglieder beschlossen. Die bestehenden Vorstandsverträge sind im Einvernehmen mit den Vorstandsmitgliedern mit Wirkung ab dem 1. Januar 2010 angepasst worden. Der Aufsichtsrat hat weiter beschlossen, das neue an das Vorstandsvergütungsgesetz angepasste Vergütungssystem der Hauptversammlung 2010 zur Billigung vorzulegen. In der Sitzung am 11. Dezember 2009 haben wir die operative Planung und die Finanzplanung des Vorstands für das Jahr 2010 diskutiert und genehmigt sowie den Vorstand unter bestimmten Voraussetzungen zur Beschaffung von Finanzierungsmitteln ermächtigt.

Ausschüsse

Der Aufsichtsrat der BASF SE hat drei Ausschüsse gebildet, den Ausschuss für personelle Angelegenheiten des Vorstands und Kreditgewährungen gemäß § 89 Abs. 4 AktG (Personalausschuss), den Prüfungsausschuss und den Nominierungsausschuss. Dem Aufsichtsrat wurde regelmäßig über die Tätigkeit der Ausschüsse berichtet.

Dem Personalausschuss gehören der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. h.c. Eggert Voscherau (seit dem 30. April 2009) als Vorsitzender, die stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Michael Diekmann (seit dem 30. April 2009) und Robert Oswald sowie das Aufsichtsratsmitglied Michael Vassiliadis an. Bis zur Hauptversammlung am 30. April 2009 gehörten außerdem der bis dahin amtierende Aufsichtsratsvorsitzende Prof. Dr. Jürgen Strube und Dr. Tessen von Heydebreck dem Personalausschuss an. Der Personalausschuss tagte im Berichtszeitraum dreimal. Er hat sich in seinen Sitzungen, teilweise gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Vorstands, insbesondere mit der langfristigen Nachfolgeplanung für den Vorstand befasst sowie die Vergütung des Vorstands und die Inhalte des Anstellungsvertrags für die Mitglieder des Vorstands eingehend beraten. Nach der Verabschiedung des Vorstandsvergütungsgesetzes und in Vorbereitung der danach vom Aufsichtsrat zu treffenden Entscheidungen zur Vergütung des Vorstands und zu den Vorstandsverträgen hat der Personalausschuss die Ausgestaltung des Vergütungssystems einer grundsätzlichen Überprüfung unterzogen und das bestehende System weiterentwickelt. Besondere Ziele waren dabei die Verstärkung der langfristig wirkenden Erfolgskomponente und die noch stärkere Leistungsorientierung der Vorstandsvergütung der BASF. Einen entsprechenden Beschlussvorschlag hat der Personalausschuss dem Aufsichtsrat vorgelegt. Ferner wurden die zu treffenden Entscheidungen des Aufsichtsrats hinsichtlich der Besetzung des Vorstands intensiv beraten und dem Aufsichtsratsplenium die entsprechenden Beschlussfassungen vorgeschlagen. Dies betraf im Jahr 2009 allein die Verlängerung des Mandats des Vorstandsmitglieds Dr. John Feldmann (bis zur Hauptversammlung 2011). Der Aufsichtsrat hat in seinen Sitzungen am 11. Juli und 22. Oktober 2009 die vom Personalausschuss vorgeschlagenen Beschlüsse gefasst.

Dem Prüfungsausschuss gehören die Aufsichtsratsmitglieder Max Dietrich Kley, Ralf Gerd Bastian, Franz Fehrenbach und Michael Vassiliadis an. Vorsitzender ist Max Dietrich Kley, der darüber hinaus als „Audit Committee Financial Expert“ benannt worden ist. Der Prüfungsausschuss hat im Berichtszeitraum fünfmal getagt. Kernpunkte seiner Tätigkeit waren die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2008 der BASF SE

sowie die Erörterung der Quartals- und Halbjahresberichte vor ihrer Veröffentlichung mit dem Vorstand. Weitere Schwerpunkte waren die Beratung des Vorstands in Rechnungslegungsfragen, die Erörterung und Festlegung der besonderen Schwerpunkte der Abschlussprüfung und die Regelung der Beziehungen zum Abschlussprüfer mit der Beschlussfassung über die Ermächtigung zur Erbringung von Leistungen außerhalb der Abschlussprüfung (Non-Audit Services) durch den Abschlussprüfer, der Vereinbarung des Prüfungshonorars und der Überwachung seiner Unabhängigkeit. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 10. Juli 2009 dem Prüfungsausschuss in Erweiterung seiner bisherigen Aufgaben zusätzlich die Überwachung des internen Kontrollsystems sowie der internen Revision übertragen. Dem Prüfungsausschuss sind damit sämtliche in § 107 Absatz 3 Satz 2 AktG genannten sowie die weiteren in Ziffer 5.3.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex vom 18. Juni 2009 aufgeführten Aufgabenfelder eines Prüfungsausschusses zugewiesen. Der Prüfungsausschuss hat sich in einer Sitzung nach einem Bericht des Chief Compliance Officer intensiv mit dem Thema Compliance in der BASF-Gruppe befasst. In der Sitzung am 10. Dezember 2009 hat der Leiter der Konzernrevision über die Prüfungen der internen Revision und deren wesentliche Ergebnisse berichtet.

Dem Nominierungsausschuss gehören mit Dr. h.c. Eggert Voscherau (seit 30. April 2009), Prof. Dr. François Diederich, Michael Diekmann, Franz Fehrenbach, Stephen K. Green (seit 30. April 2009) und Max Dietrich Kley ausschließlich die von der Hauptversammlung gewählten Aufsichtsratsmitglieder an. Bis zur Hauptversammlung am 30. April 2009 waren außerdem der bis dahin amtierende Aufsichtsratsvorsitzende Prof. Dr. Jürgen Strube sowie Dr. Tessen von Heydebreck Mitglieder des Nominierungsausschusses. Aufgabe des Nominierungsausschusses ist die Vorbereitung von Kandidatenvorschlägen für die Wahl der von der Hauptversammlung zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder. Die Mitglieder des Nominierungsausschusses haben die Auswahl von Kandidaten für die turnusmäßige Aufsichtsratswahl in der Hauptversammlung am 30. April 2009 beraten und am 2. März 2009 einen Kandidatenvorschlag beschlossen, der dem Aufsichtsrat am 3. März 2009 zur Beschlussfassung vorgelegt worden ist. Er enthielt den Vorschlag, Herrn Dr. h.c. Eggert Voscherau im Fall seiner Wahl durch die Hauptversammlung zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats zu wählen. Der Aufsichtsrat hat den Vorschlag des Nominierungsausschusses als Wahlvorschlag an die Hauptversammlung am 30. April 2009 beschlossen.

Corporate Governance und Entsprechenserklärung

Der Aufsichtsrat hat sich auch im Jahr 2009 intensiv mit den von BASF praktizierten Corporate Governance Standards und den kapitalmarkt- und gesellschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland befasst. Hierzu gehört vor allem der überarbeitete Deutsche Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 18. Juni 2009, das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz und das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung, die in den Sitzungen am 10. Juli und 22. Oktober 2009 behandelt wurden. Insbesondere haben wir uns mit den neuen Kodex-Empfehlungen befasst und entschieden, dass ihnen entsprechen werden soll.

In der Sitzung am 11. Dezember 2009 hat der Aufsichtsrat die gemeinsame Entsprechenserklärung von Aufsichtsrat und Vorstand gemäß § 161 AktG beschlossen sowie eine Effizienzprüfung und eine Unabhängigkeitseinschätzung vorgenommen. Die BASF entspricht den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 18. Juni 2009 ohne Ausnahmen. Der vollständige Wortlaut der Entsprechenserklärung ist auf Seite 16 wiedergegeben und wird den Aktionären auf der Website der Gesellschaft zugänglich gemacht.

Den Vergütungsbericht mit der ausführlichen Erläuterung von Struktur und Höhe der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat einschließlich der den Mitgliedern des Vorstands gemachten Versorgungszusagen finden Sie auf den Seiten 17 bis 21.

Jahres- und Konzernabschluss

Die von der Hauptversammlung als Prüfer der Abschlüsse des Geschäftsjahres 2009 gewählte KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den Jahresabschluss der BASF SE und den Abschluss der BASF-Gruppe einschließlich der Lageberichte unter Einbeziehung der Buchführung geprüft und jeweils mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Weiterhin stellte der Abschlussprüfer fest, dass der Vorstand die ihm gemäß § 91 Abs. 2 AktG obliegenden Maßnahmen in geeigneter Form getroffen hat. Er hat insbesondere ein angemessenes und den Anforderungen des Unternehmens entsprechendes Informations- und Überwachungssystem eingerichtet, das nach seiner Konzeption und der tatsächlichen Handhabung geeignet erscheint, den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen.

Die zu prüfenden Unterlagen und die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers wurden jedem Aufsichtsratsmitglied rechtzeitig übermittelt. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzprüfungssitzung des Prüfungsausschusses am 24. Februar 2010 und der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 4. März 2010 teil und berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Zudem gab der Abschlussprüfer am Vortag der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats ausführliche Erläuterungen zu den Prüfungsberichten.

Der Prüfungsausschuss hat die Abschlüsse und Lageberichte in seiner Sitzung am 24. Februar 2010 geprüft und intensiv mit dem Abschlussprüfer erörtert. Über die Ergebnisse dieser Vorprüfung hat der Vorsitzende des Prüfungsausschusses in der Sitzung des Aufsichtsrats am 4. März 2010 ausführlich Bericht erstattet.

Der Aufsichtsrat hat auf dieser Basis den Jahresabschluss und den Lagebericht der BASF SE für das Geschäftsjahr 2009, den Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns sowie den Konzernabschluss und -lagebericht 2009 geprüft. Die Berichte des Abschlussprüfers haben wir zustimmend zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis der Vorprüfung des Prüfungsausschusses und das Ergebnis unserer eigenen Prüfung entsprechen vollständig dem Ergebnis der Abschlussprüfung. Der Aufsichtsrat sieht keinen Anlass, Einwendungen gegen die Geschäftsführung und die vorgelegten Abschlüsse zu erheben.

Wir haben den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der BASF SE und den Konzernabschluss der BASF-Gruppe in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 4. März 2010 gebilligt.

Der Jahresabschluss der BASF SE ist damit festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns mit der Ausschüttung einer Dividende von 1,70 € pro Aktie stimmen wir zu.

Besetzung des Aufsichtsrats

Die Amtszeit des im Zuge der Umwandlung der BASF Aktiengesellschaft in eine Europäische Gesellschaft (SE) gebildeten ersten Aufsichtsrats der BASF SE endete mit Ablauf der Hauptversammlung am 30. April 2009. Die Hauptversammlung hat Prof. Dr. François Diederich, Michael Diekmann, Franz Fehrenbach, Max Dietrich Kley, Stephen K. Green und Dr. h.c. Eggert Voscherau als Vertreter der Aktionäre in den Aufsichtsrat gewählt. Aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden sind zu diesem Zeitpunkt der langjährige Vorsitzende des Aufsichtsrats Prof. Dr. Jürgen Strube und Dr. Tessen von Heydebreck, die beide nicht zur Wiederwahl zur Verfügung standen. Die sechs Vertreter der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat der BASF SE, Ralf Gerd Bastian, Wolfgang Daniel, Robert Oswald, Denise Schellemans, Ralf Sikorski und Michael Vassiliadis, wurden vom BASF Europa Betriebsrat als dem dafür zuständigen Vertretungsorgan der Arbeitnehmer in seiner Sitzung am 18./19. März 2009 entsprechend der Regelung der Beteiligungsvereinbarung vom 15. November 2007 bestellt. Die Amtszeit des neu gewählten Aufsichtsrats endet mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2014.

Der neue Aufsichtsrat hat in seiner konstituierenden Sitzung am 30. April 2009 Dr. h.c. Eggert Voscherau zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und Michael Diekmann und Robert Oswald zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Dank

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BASF-Gruppe weltweit, der Unternehmensleitung und den ausgeschiedenen Mitgliedern des Aufsichtsrats für die im Geschäftsjahr 2009 erbrachten Leistungen.

Mit der Hauptversammlung am 30. April 2009 ist der langjährige Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzende Prof. Dr. Jürgen Strube aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Prof. Dr. Strube hat die BASF in den vergangenen fast fünfundsiebzig Jahren als Mitglied und Vorsitzender des Vorstands und anschließend Vorsitzender des Aufsichtsrats in ganz entscheidendem Maße geprägt und hat großen Anteil am Erfolg der BASF. Der Aufsichtsrat spricht Herrn Prof. Dr. Strube dafür seinen ganz besonderen Dank aus. In Würdigung seiner Verdienste hat der Aufsichtsrat Herrn Prof. Dr. Strube zum Ehrenvorsitzenden des Aufsichtsrats ernannt.

Ludwigshafen, den 4. März 2010

Der Aufsichtsrat

Dr. h.c. Eggert Voscherau

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Jahresabschluss der BASF SE

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (Millionen €)

	Erläuterungen im Anhang	2009	2008
Umsatzerlöse	(2)	14.079	17.143
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen		10.475	13.117
Bruttoergebnis vom Umsatz		3.604	4.026
Vertriebskosten		1.469	1.563
Allgemeine Verwaltungskosten		386	372
Forschungskosten		852	807
Sonstige betriebliche Erträge	(3)	638	479
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(4)	749	1.054
Ergebnis der Betriebstätigkeit		786	709
Beteiligungsergebnis		1.803	3.429
Zinsergebnis		-306	-440
Übriges Finanzergebnis		203	-564
Finanzergebnis	(5)	1.700	2.425
Ergebnis vor Ertragsteuern ¹		2.486	3.134
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(6)	310	152
Jahresüberschuss		2.176	2.982

¹ Entspricht dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Bilanz

Aktiva (Millionen €)

	Erläuterungen im Anhang	2009	2008
Immaterielle Vermögensgegenstände	(8)	859	168
Sachanlagen	(9)	1.678	1.602
Finanzanlagen	(10)	18.515	17.271
Anlagevermögen		21.052	19.041
Vorräte	(11)	1.320	1.418
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		1.389	1.273
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		7.183	7.302
Übrige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		910	848
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(12)	9.482	9.423
Wertpapiere des Umlaufvermögens		2.130	2.036
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		2.734	3.405
Geld und Geldanlagen	(13)	4.864	5.441
Umlaufvermögen		15.666	16.282
Abgrenzungsposten für latente Steuern	(6)	265	375
Rechnungsabgrenzungsposten	(14)	44	52
Gesamtvermögen		37.027	35.750

Passiva (Millionen €)

	Erläuterungen im Anhang	2009	2008
Gezeichnetes Kapital	(15)	1.176	1.176
Kapitalrücklage	(15)	3.139	3.133
Gewinnrücklagen	(16)	2.509	146
Bilanzgewinn	(16)	2.176	4.159
Eigenkapital		9.000	8.614
Sonderposten mit Rücklageanteil	(1)	107	107
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(17)	3.656	3.615
Steuerrückstellungen		943	872
Sonstige Rückstellungen	(18)	1.652	1.903
Rückstellungen		6.251	6.390
Finanzschulden		6.747	9.155
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		302	491
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		13.873	10.291
Übrige Verbindlichkeiten		607	588
Verbindlichkeiten	(19)	21.529	20.525
Rechnungsabgrenzungsposten		140	114
Gesamtkapital		37.027	35.750

Anhang

Grundlagen der Rechnungslegung: Der Jahresabschluss der BASF SE wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) nach dem Umsatzkostenverfahren aufgestellt.

Anwendung des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts: Am 29.05.2009 trat das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz) in Kraft. Die neuen Bilanzierungsregelungen sind verpflichtend ab dem 01.01.2010 anzuwenden. Von der Möglichkeit zur freiwilligen umfassenden Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes bereits zum 31.12.2009 wurde kein Gebrauch gemacht. Vorschriften des Gesetzes, die zum 31.12.2009 verpflichtend anzuwenden sind, wurden entsprechend im Jahresabschluss 2009 der BASF SE beachtet.

1 – Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Erlösrealisierung: Erlöse werden bei Auslieferung der Erzeugnisse oder Waren beziehungsweise bei Erbringung der Leistungen realisiert, wenn Eigentum und Risiken auf den Erwerber übergegangen sind. Dabei werden mögliche Rabatte oder sonstige Preisnachlässe abgegrenzt. Wahrscheinliche Risiken aus der Rücknahme von Erzeugnissen und Waren sowie auf Grund von Gewährleistungen oder sonstigen Reklamationen werden nach dem Grundsatz der Einzelbewertung zurückgestellt.

Immaterielle Vermögensgegenstände: Diese werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Die durchschnittliche gewichtete Abschreibungsdauer betrug im Jahr 2009 10 Jahre unter Berücksichtigung folgender erwarteter Nutzungsdauern:

	2009	2008
Geschäfts- oder Firmenwerte	12 Jahre	19 Jahre
Software	4 Jahre	4 Jahre
Patente, Lizenzen, Know-how, sonstige Rechte	9 Jahre	7 Jahre

Durch den Erwerb des Geschäfts- oder Firmenwerts im Rahmen der Ciba Geschäftsübernahme verminderte sich die erwartete Nutzungsdauer der Geschäfts- oder Firmenwerte von 19 Jahren auf 12 Jahre.

Bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Entfallen die Gründe für die Wertminderung in den Folgejahren, so erfolgt eine Zuschreibung bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Sachanlagen: Sie werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bewertet. Anlagegegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 150 €, aber nicht 1.000 € übersteigen, werden jährlich in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren linear abgeschrieben wird. Abnutzbare bewegliche Anlagen, die dauerhaft in einem engen Funktions- und Nutzungs-

zusammenhang stehen, werden zu einem Vermögensgegenstand zusammengefasst.

Die Herstellungskosten selbsterstellter Anlagen enthalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie der allgemeinen Verwaltungskosten der mit der Anlagenerrichtung befassten Bereiche. Finanzierungskosten sowie Kosten für soziale Einrichtungen, freiwillige soziale Leistungen und die betriebliche Altersversorgung werden nicht aktiviert.

Das bewegliche Anlagevermögen wird überwiegend degressiv abgeschrieben mit planmäßigem Übergang auf lineare Abschreibungen, falls diese zu höheren Abschreibungsbeträgen führen. Das unbewegliche Anlagevermögen wird überwiegend linear abgeschrieben.

Die durchschnittlichen gewichteten Abschreibungsdauern betragen unverändert:

	2009	2008
Gebäude und bauliche Betriebsvorrichtungen	24 Jahre	24 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	11 Jahre	11 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung und andere Anlagen	9 Jahre	9 Jahre

Bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen, wenn eine Wiedereinbringung des Buchwerts im Einzelfall nicht mehr zu erwarten ist. Die Beurteilung erfolgt auf Basis der zukünftig zu erwartenden Cashflows abzüglich zu erwartender Kosten für die Beseitigung einer Anlage. Die außerplanmäßige Abschreibung wird in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen dem bisherigen Buchwert und den diskontierten künftigen Cashflows vorgenommen. Entfallen die Gründe für die Wertminderung in den Folgejahren, so erfolgt eine Zuschreibung bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Finanzanlagen: Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden nach dem Grundsatz der Einzelbewertung zu Anschaffungskosten oder bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen zu niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert.

Verzinsliche Ausleihungen werden zu Anschaffungskosten, unverzinsliche oder niedrigverzinsliche Darlehen zum Barwert angesetzt. Erkennbaren Ausfallrisiken wird durch außerplanmäßige Abschreibungen auf einen niedrigeren beizulegenden Wert Rechnung getragen. Entfallen die Gründe für die Wertminderung in den Folgejahren, so erfolgt eine Zuschreibung bis maximal zur Höhe der Anschaffungskosten.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden Finanzaktivitäten im Beteiligungsergebnis, Zinsergebnis und übrigen Finanzergebnis dargestellt.

Vorräte: Sie werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Wenn die Börsen- oder Marktpreise beziehungsweise beizulegenden Werte niedriger sind, werden diese angesetzt. Als solche werden bei Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und Waren die Wiederbeschaffungskosten, bei unfertigen und fertigen Erzeugnissen die voraussichtlich erzielbaren Verkaufserlöse abzüglich der bis zum Verkauf noch anfallenden Kosten oder niedrigere Wiederherstellungskosten angesetzt. Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten der Rohstoffe, der unfertigen und fertigen Erzeugnisse und Waren werden nach der Lifo-Methode ermittelt.

Als Herstellungskosten werden neben den direkt zurechenbaren Kosten auch angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten einschließlich Kosten der allgemeinen Verwaltung des jeweiligen Produktionsbereichs bei normaler Auslastung der Produktionsanlagen erfasst. Finanzierungskosten sowie Kosten für soziale Einrichtungen, freiwillige soziale Leistungen und die betriebliche Altersversorgung werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Unfertige Leistungen beinhalten noch nicht fertiggestellte Chemieanlagen, die überwiegend für Gruppengesellschaften errichtet werden. Gewinne werden bei Endabrechnung der jeweiligen Projekte beziehungsweise bei Abrechnung fertiggestellter Teilprojekte realisiert. Zu erwartende Verluste werden durch Abwertungen auf niedrigere beizulegende Werte berücksichtigt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände:

Diese werden grundsätzlich zum Nennwert bilanziert. Wechselorderungen und unverzinsliche oder niedrigverzinsliche Darlehensforderungen werden zum Barwert angesetzt. Für Ausfall- und Transferrisiken sowie allgemeine Kreditrisiken werden angemessene Abschreibungen und Wertberichtigungen zur Berücksichtigung niedrigerer beizulegender Werte vorgenommen.

Geld und Geldanlagen: In dieser Position sind Wertpapiere des Umlaufvermögens sowie Bankguthaben und Kassenbestände enthalten. Wertpapiere des Umlaufvermögens werden zu Anschaffungskosten bewertet. Wenn die Börsen- oder Marktwerte beziehungsweise beizulegenden Werte niedriger sind, werden diese angesetzt.

Abgrenzungsposten für latente Steuern: Für temporär abweichende Wertansätze zwischen Handels- und Steuerbilanz werden aktive latente Steuern angesetzt, soweit sich ein Überhang an aktiven Unterschiedsbeträgen ergibt. Wertberichtigungen auf aktive latente Steuern werden nicht vorzunehmen.

Sonderposten mit Rücklageanteil: Sie werden in Höhe der steuerlich zulässigen Beträge angesetzt, soweit ihre Aner-

kennung den Ausweis in der Handelsbilanz voraussetzt. Es handelt sich im Wesentlichen um die Übertragung aufgedeckter stiller Reserven gemäß § 6b EStG.

Rückstellungen: Pensionsrückstellungen werden versicherungsmathematisch nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) in Anlehnung an IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ ermittelt. Die Bewertung der Verpflichtung erfolgt unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G sowie unter Berücksichtigung zukünftiger Gehaltssteigerungen und Rentenanpassungen. Der Rechnungszins beträgt 5,50 %.

Steuerrückstellungen für Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer werden auf der Grundlage der erwarteten Einkommen ermittelt.

Sonstige Rückstellungen bestehen für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften sowie für unterlassene Instandhaltungsaufwendungen, die im folgenden Geschäftsjahr innerhalb von drei Monaten nachgeholt werden. Sie werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme angesetzt.

Für Umweltschutzmaßnahmen und -risiken werden Rückstellungen gebildet, soweit die Maßnahmen auf Grund gesetzlicher oder behördlicher Verpflichtungen beziehungsweise Auflagen oder auf Grund der technologischen Entwicklung wahrscheinlich erforderlich werden und nicht zu aktivierungspflichtigen Herstellungskosten führen.

Rückstellungen für Rekultivierungsverpflichtungen auf Grund des Betriebs von Deponien werden während der voraussichtlichen Betriebsdauer angesammelt.

Rückstellungen für Dienstaltersgeldprämien und Altersteilzeit werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der Projected Unit Credit Method gemäß IAS 19 unter Berücksichtigung des Gehaltstrends und des fristadäquaten Zinssatzes bewertet. Für abgeschlossene Altersteilzeitverträge werden die zugesagten Aufstockungszahlungen in voller Höhe zurückgestellt und mit einem Rechnungszinsfuß von 4,50 % abgezinst. Die während der passiven Phase der Altersteilzeit zu leistenden Lohn- und Gehaltszahlungen werden ratierlich angesammelt und zum Nominalwert bewertet.

Umrechnung von Fremdwährungsposten: Die Anschaffungskosten von Vermögensgegenständen aus Bezügen in fremder Währung und die Erlöse aus Verkäufen in fremder Währung werden zu den zum Zeitpunkt der Buchung der Geschäftsvorfälle gültigen Kursen bestimmt.

Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung werden zu den am Abschlussstichtag gültigen Kursen bewertet. Langfristige Forderungen in fremder Währung werden zu den zum Anschaffungszeitpunkt gültigen oder zu niedrigeren Kursen am Abschlussstichtag und langfristige Verbindlichkeiten in fremder Währung zu den zum Anschaffungszeitpunkt gültigen oder höheren Kursen am Abschlussstichtag bewertet. Einzelkursgesicherte Forderungen oder Verbindlichkeiten werden zu Sicherungskursen angesetzt.

Derivative Finanzinstrumente: Derivative Finanzinstrumente werden als schwebende Geschäfte nicht bilanziert. Zusammengehörige Grundgeschäfte und Derivate werden zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Gewinne aus Sicherungsgeschäften, die keinem bestimmten Grundgeschäft zuge-

ordnet werden können, werden erst bei Fälligkeit realisiert. Unrealisierte Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten werden ergebniswirksam zurückgestellt.

Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente zur Absicherung von Währungs-, Zins- und Preisrisiken wird detailliert in Anmerkung 21 beschrieben.

Verwendung von Schätzungen oder Annahmen bei der Erstellung des Jahresabschlusses: Die Höhe der im Jahresabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und Rückstellungen, der Haftungsverhältnisse oder sonstigen finanziellen Verpflichtungen ist von Schätzungen oder Annahmen abhängig. Diese richten sich nach den Verhältnissen und Einschätzungen am Bilanzstichtag und beeinflussen insoweit auch die Höhe der ausgewiesenen Erträge und Aufwendungen der dargestellten Geschäftsjahre. Derartige Annahmen betreffen die Bestimmung der Nutzungsdauer des abnutzbaren Sachanlagevermögens oder immaterieller Vermögensgegenstände, die

Bemessung von Rückstellungen, den Wertansatz von Beteiligungen und von anderen Vermögensgegenständen oder Verpflichtungen. Bestehende Unsicherheiten werden bei der Wertermittlung angemessen berücksichtigt, jedoch können tatsächliche Ergebnisse von den Schätzungen abweichen.

Objektnetz

Die BASF SE betreibt ein Energieversorgungsnetz, das ein Objektnetz im Sinne des § 110 Abs. 1 Nr. 3 EnWG ist. Die Gesellschaft ist daher unter anderem von den Verpflichtungen nach § 10 Abs. 3 EnWG befreit, wonach insbesondere eine Entflechtung der Buchführung erforderlich wäre.

Die Befreiungswirkung für Objektnetze nach § 110 Abs. 1 Nr. 3 EnWG bleibt nach unserer Rechtsauffassung auch in Ansehung des EuGH-Urteils vom 22. Mai 2008 (Entscheidung C 439/06) bestehen.

2 – Umsatzerlöse

Umsätze der Segmente (Millionen €)

	2009	2008
Chemicals	3.418	4.901
Plastics	2.059	2.735
Performance Products	4.539	4.990
Functional Solutions	142	134
Agricultural Solutions	1.812	1.682
Other	2.109	2.701
	14.079	17.143

Umsätze in den Regionen (Millionen €)

	2009	2008
Europa	10.692	13.517
davon Deutschland	3.896	4.980
Nordamerika (NAFTA)	972	1.027
Asien, Pazifischer Raum	1.532	1.673
Südamerika, Afrika, Naher Osten	883	926
	14.079	17.143

Die Vorjahreswerte wurden an die aktuelle Segmentstruktur angepasst.

3 – Sonstige betriebliche Erträge

Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Erträge um 159 Millionen € resultierte größtenteils aus dem verbesserten Währungsergebnis in Höhe von 219 Millionen €. Hier wurden im Wesentlichen Gewinne aus fälligen Devisenderivaten realisiert. Im Jahr 2009 wurden Rückstellungen in Höhe von 142 Millionen € (Vorjahr: 114 Millionen €) ergebniswirksam aufgelöst.

Die Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil in Höhe von 11 Millionen € betraf im Wesentlichen die Übertragung von Veräußerungsgewinnen aus Anlageverkäufen gemäß § 6b EStG auf Anlagezugänge.

4 – Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken im Berichtsjahr um 305 Millionen €. Im Vorjahr war die Position durch Verluste aus Derivaten zur Absicherung von Währungs- und Preisrisiken in Höhe von 385 Millionen € belastet. Im Berichtsjahr sind Aufwendungen aus der Integration des

Geschäfts von Ciba enthalten.

Die Zuführung zum Sonderposten mit Rücklageanteil in Höhe von 11 Millionen € betraf im Wesentlichen die Übertragung von Veräußerungsgewinnen aus Anlageverkäufen gemäß § 6b EStG.

5 – Finanzergebnis

Millionen €	2009	2008
Erträge aus Beteiligungen und ähnliche Erträge	946	1.950
davon an verbundene Unternehmen	886	1.890
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	879	1.523
Erträge aus Steuerumlagen an verbundene Unternehmen	164	252
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	161	171
Abschreibungen auf und Verluste aus dem Abgang von Beteiligungen	25	125
Beteiligungsergebnis	1.803	3.429
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2	2
davon an verbundene Unternehmen	.	1
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	79	231
davon an verbundene Unternehmen	52	184
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	387	673
davon an verbundene Unternehmen	141	399
Zinsergebnis	-306	-440
Abschreibungen auf und Verluste aus dem Abgang von Ausleihungen sowie Wertpapieren des Umlaufvermögens	36	401
Aufwand Zinsanteil langfristiger Personalrückstellungen	236	222
Sonstiges übriges Finanzergebnis	475	59
Übriges Finanzergebnis	203	-564
Finanzergebnis	1.700	2.425

Im Jahr 2009 führten geringere Dividendenausschüttungen, geringere Gewinne aus dem Abgang von Beteiligungen sowie die konjunkturelle Lage zu einem Rückgang der Erträge aus Beteiligungen und der Ergebnisübernahmen. Die Abschreibungen auf und Verluste aus dem Abgang von Ausleihungen sowie Wertpapieren des Umlaufvermögens schlossen Verluste aus

dem Abgang und der Bewertung von Anlagen des BASF Pensionstreuhand e.V. (Contractual Trust Arrangement, CTA) ein. Sie wurden im Jahr 2009 durch Erträge aus Wertaufholungen aus CTA-Anlagen, ausgewiesen unter sonstiges übriges Finanzergebnis, überkompensiert.

6 – Steueraufwand

Millionen €	2009	2008
Laufender Aufwand für Ertragsteuern	200	228
Abgrenzung latenter Steuern	110	-76
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	310	152
Sonstige Steuern	18	21
Steueraufwand	328	173

Der effektive Steueraufwand bewegte sich bei einem niedrigeren Ergebnis vor Steuern leicht unter Vorjahresniveau. Der latente Steueraufwand resultierte im Wesentlichen aus der Umkehrung

von Vorjahreseffekten, insbesondere bei Drohverlustrückstellungen und nicht dauerhaften Bewertungsverlusten.

Aktive latente Steuern aus temporären Abweichungen zwischen handels- und steuerbilanziellen Wertansätzen teilen sich auf folgende Positionen auf:

Millionen €	2009	2008
Anlagevermögen	32	30
Vorräte und Forderungen	37	74
Pensionsrückstellungen	66	63
Übrige Rückstellungen, Sonstiges	130	208
Gesamt	265	375

Latente Steuern wurden 2008 und 2009 mit einem Steuersatz von 29 % angesetzt.

7 – Sonstige Angaben

Materialaufwand (Millionen €)

	2009	2008
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	7.968	10.723
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.585	1.792
	9.553	12.515

Personalaufwand (Millionen €)

	2009	2008
Löhne und Gehälter	2.063	1.938
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	703	499
davon für Altersversorgung	340	142
	2.766	2.437

Der im Berichtsjahr gestiegene Aufwand für Altersversorgung ist auf eine einmalige Zuwendung in Höhe von 177 Millionen € an die BASF Pensionskasse VVaG und höhere Zuführungen zu Personalrückstellungen zurückzuführen. Des Weiteren ist im Jahr

2009 der Beitrag zum Pensionssicherungsverein (PSV) gegenüber Vorjahr auf Grund einer deutlichen Zunahme der Insolvenzen von Unternehmen mit betrieblicher Altersversorgung stark angestiegen.

Durchschnittlicher Personalstand

	2009	2008
Tarifliche Mitarbeiter	25.337	25.451
Außertarifliche Mitarbeiter	6.048	5.883
Auszubildende	1.166	1.138
Zeitlich befristet Beschäftigte	201	210
	32.752	32.682

Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Millionen €	2009	2008
Erfolgsunabhängige und erfolgsbezogene Barvergütung des Vorstands	14,8	18,6
Marktwert der im Geschäftsjahr dem Vorstand gewährten Optionen zum Zeitpunkt ihrer Gewährung	2,8	3,7
Gesamtvergütung des Vorstands	17,6	22,3
Pensionsaufwendungen für Mitglieder des Vorstands	1,6	4,3
Bezüge des Aufsichtsrats	1,3	2,9
Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen	12,3	6,0
Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen	87,9	83,4
Darlehen an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats	–	–
Haftungsverhältnisse zu Gunsten von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats	–	–

Bemessungsgrundlage der erfolgsbezogenen Vergütung des Vorstands ist die Gesamtkapitalrendite, die ausgehend vom Ergebnis vor Ertragsteuern zuzüglich der Fremdkapitalzinsen bezogen auf das durchschnittliche Vermögen erwirtschaftet wird.

Ferner wurden den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2009 im Rahmen des BASF-Optionsprogramms (BOP) 411.540 Optionsrechte gewährt. Die Optionsrechte der aktiven und ehemaligen Mitglieder des Vorstands führten im Jahr 2009 zu einem Personalaufwand von insgesamt 20,9 Millionen €. Im Jahr 2008 entstand aus den Optionsrechten ein Ertrag aus Auflösung der Rückstellung in Höhe von 9,5 Millionen €.

→ **Mehr zur Vergütung der Mitglieder des Vorstands im Vergütungsbericht ab Seite 17**

→ **Mehr zu den Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Vorstands, einschließlich der von ihnen mitgeteilten Mandate, ab Seite 22**

Entsprechenserklärung: Die Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG zum Deutschen Corporate Governance Kodex (siehe Seite 16) wurde vom Vorstand und Aufsichtsrat der BASF SE abgegeben und ist den Aktionären im Internet zugänglich unter:

→ basf.com/governance_d

Anteilsbesitzliste: Die Zusammenstellung des Beteiligungsbesitzes der BASF SE gemäß § 285 Satz 1 Nr. 11 HGB wird in Anwendung von § 287 HGB in einer gesonderten Aufstellung des Anteilsbesitzes (Anteilsbesitzliste) gemacht. Die Anteilsbesitzliste wird mit dem Jahresabschluss gemäß § 325 HGB beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers zur Bekanntmachung eingereicht und kann bei BASF SE bezogen werden. Sie ist außerdem im Internet veröffentlicht unter:

→ basf.com/de/investor/cg

8 – Immaterielle Vermögensgegenstände

Entwicklung 2009 (Millionen €)

	Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte ¹	Geschäfts- oder Firmenwert	Geleistete Anzahlungen	Gesamt
Anschaffungskosten				
Stand am 01.01.2009	350	108	.	458
Zugänge	226	547	.	773
Abgänge	101	-	-	101
Umbuchungen	-	-	.	.
Stand am 31.12.2009	475	655	.	1.130
Abschreibungen				
Stand am 01.01.2009	246	44	-	290
Zugänge	50	33	-	83
Abgänge	102	-	-	102
Zuschreibungen	-	-	-	-
Stand am 31.12.2009	194	77	-	271
Nettobuchwert am 31.12.2009	281	578	.	859
Nettobuchwert am 31.12.2008	104	64	.	168

¹ Inklusive Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Der Anstieg der immateriellen Vermögensgegenstände im Jahr 2009 ist auf die Akquisition des Geschäfts von Ciba zurückzuführen.

9 – Sachanlagen

Entwicklung 2009 (Millionen €)

	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten ¹	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Gesamt
Anschaffungskosten					
Stand am 01.01.2009	2.530	9.698	1.307	348	13.883
Zugänge	12	221	69	82	384
Zugänge aus Verschmelzung	-	194 ³	.	-	194
Abgänge	13	33	32	1	79
Umbuchungen	9	229	21	-259	-
Stand am 31.12.2009	2.538	10.309	1.365	170	14.382
Abschreibungen					
Stand am 01.01.2009	2.102	9.032	1.147	-	12.281
Zugänge	35	284 ²	62	-	381
Zugänge aus Verschmelzung	-	114 ³	.	-	114
Abgänge	8	32	32	-	72
Umbuchungen	.	-1	1	-	.
Zuschreibungen	-	-	-	-	-
Stand am 31.12.2009	2.129	9.397	1.178	-	12.704
Nettobuchwert am 31.12.2009	409	912	187	170	1.678
Nettobuchwert am 31.12.2008	428	666	160	348	1.602

¹ Einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

² Davon 15 Millionen € außerplanmäßige Abschreibungen

³ Resultieren aus der Anwachsung der BASF Power GmbH & Co. KG

10 – Finanzanlagen

Entwicklung 2009 (Millionen €) Beteiligungen

	Anteile an verbundenen Unternehmen	Anteile an übrigen Beteiligungen	Beteiligungen Gesamt
Anschaffungskosten			
Stand am 01.01.2009	17.322	384	17.706
Zugänge	1.315	72	1.387
Abgänge	148	10	158
Stand am 31.12.2009	18.489	446	18.935
Abschreibungen			
Stand am 01.01.2009	438	25	463
Zugänge	18	2	20
Abgänge	31	8	39
Zuschreibungen	-	-	-
Stand am 31.12.2009	425	19	444
Nettobuchwert am 31.12.2009	18.064	427	18.491
Nettobuchwert am 31.12.2008	16.884	359	17.243

Die Beteiligungen stiegen vorwiegend durch Kapitalerhöhungen bei Beteiligungsunternehmen, die von der BASF SE als Muttergesellschaft der BASF-Gruppe und der damit einhergehenden

den Finanzierungsfunktion durchgeführt wurden. Des Weiteren wurden Beteiligungen innerhalb der BASF-Gruppe erworben und veräußert.

Entwicklung 2009 (Millionen €) Ausleihungen und andere Finanzanlagen

	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	Ausleihungen an übrige Beteiligungen	Sonstige Ausleihungen und andere Finanzanlagen	Ausleihungen und andere Finanzanlagen	Finanzanlagen Gesamt
Anschaffungskosten					
Stand am 01.01.2009	1	15	17	33	17.739
Zugänge	27	-	9	36	1.423
Abgänge	.	3	10	13	171
Stand am 31.12.2009	28	12	16	56	18.991
Abschreibungen					
Stand am 01.01.2009	-	1	4	5	468
Zugänge	19	.	10	29	49
Abgänge	-	-	2	2	41
Zuschreibungen	-	-	.	.	.
Stand am 31.12.2009	19	1	12	32	476
Nettobuchwert am 31.12.2009	9	11	4	24	18.515
Nettobuchwert am 31.12.2008	1	14	13	28	17.271

11 – Vorräte

Millionen €	2009	2008
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	212	219
Unfertige und fertige Erzeugnisse, Waren	1.061	1.149
Unfertige Leistungen	45	49
Geleistete Anzahlungen	2	1
	1.320	1.418

Unfertige und fertige Erzeugnisse sowie Waren sind auf Grund der Produktionsgegebenheiten der chemischen Industrie zu einem Posten zusammengefasst.

Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten der Rohstoffe, der unfertigen und fertigen Erzeugnisse und Waren werden nach der Lifo-Methode ermittelt. Die Hilfs- und Betriebsstoffe werden überwiegend nach der Durchschnittskostenmethode bewertet.

Für die nach der Lifo-Methode bewerteten Vorräte ergab sich ein Unterschiedsbetrag (Lifo-Reserve) für Rohstoffe von 31 Millionen € (Vorjahr: 21 Millionen €) und für Erzeugnisse und Waren von 59 Millionen € (Vorjahr: 94 Millionen €) im Vergleich zu einer Bewertung zu Durchschnittskosten beziehungsweise niedrigeren Börsen- oder Marktwerten.

12 – Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Millionen €	2009		2008	
		davon Restlaufzeit über 1 Jahr		davon Restlaufzeit über 1 Jahr
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.389	.	1.273	1
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	7.183	4	7.302	.
davon aus Lieferungen und Leistungen	1.317	4	1.131	.
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	186	.	188	–
Sonstige Vermögensgegenstände	724	317	660	282
	9.482	321	9.423	283

Die antizipativen Posten betragen im Jahr 2009 9 Millionen € (Vorjahr: 14 Millionen €). Davon sind 8 Millionen € (Vorjahr: 8 Millionen €) dem CTA zuzuordnen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten weitere 176 Millionen € (Vorjahr: 135 Millionen €), die das CTA betreffen.

13 – Geld und Geldanlagen

Geld und Geldanlagen verringerten sich im Geschäftsjahr um 577 Millionen €. Während sich die Wertpapiere des Umlaufvermögens um 94 Millionen € erhöhten, gingen die liquiden Mittel um 671 Millionen € zurück.

In den Wertpapieren des Umlaufvermögens sind 1.824 Millionen € (Vorjahr: 2.013 Millionen €) und in den liquiden Mitteln

2.077 Millionen € (Vorjahr: 1.350 Millionen €) enthalten, die der Sicherung von Pensionsverpflichtungen im Rahmen des CTA dienen. Diese zweckgebundenen Mittel sind nach HGB in der Bilanz der BASF SE auszuweisen.

14 – Rechnungsabgrenzungsposten

Millionen €	2009	2008
Disagio	22	6
Übrige	22	46
	44	52

Disagio entstand bei der Aufnahme von Anleihen (Nr. 19 Verbindlichkeiten – Finanzschulden) und wird als Zinsaufwand über die Laufzeit der Verbindlichkeit abgeschrieben. Übrige

Rechnungsabgrenzungsposten enthalten Vorauszahlungen für den laufenden Geschäftsbetrieb.

15 – Kapital und Kapitalrücklage

	Aktien (Stück)	Gezeichnetes Kapital €
Bis zum 31.12.2009 eingezogene Aktien	-4.649.873	-5.951.837,44
Bilanzausweis (ausgegebene Aktien)	918.478.694	1.175.652.728,32

Im Jahr 2009 wurden insgesamt 4.649.873 Aktien eingezogen. Dabei handelte es sich vollständig um bereits im Jahr 2008 zum Zweck der Einziehung erworbene eigene Aktien. Das Grundkapital der BASF SE wurde entsprechend um den auf 4.649.873 Aktien entfallenden anteiligen Betrag von 5.951.837,44 € herabgesetzt.

Aktienrückkauf/eigene Aktien

Die dem Vorstand von der Hauptversammlung vom 24. April 2008 erteilte Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien der Gesellschaft ist am 23. Oktober 2009 ohne neue Ermächtigung ausgelaufen. Im Geschäftsjahr 2009 hat die BASF SE keine eigenen Aktien erworben.

Meldungen gemäß § 21 Abs. 1 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)

Die AXA Investment Managers Deutschland GmbH hat uns namens und mit Vollmacht der AXA S.A., Paris/Frankreich, mitgeteilt, dass der Stimmrechtsanteil der AXA S.A. am 7. August 2009 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte an der BASF SE unterschritten hat und zu diesem Zeitpunkt 2,88 % der Stimmrechte betrug. BlackRock Inc., New York/USA, hat uns mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 1. Dezember 2009 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte an der BASF SE überschritten hat und zu diesem Zeitpunkt 5,40 % der Stimmrechte betrug.

Die Stimmrechte werden den Anteilseignern gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Satz 2 WpHG und gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Bedingtes Kapital

Ein Spitzenbetrag von weniger als 10.000 € dient der Erfüllung von Abfindungsansprüchen ehemaliger Wintershall-Aktionäre. Die Abfindungsansprüche sind seit 2004 verjährt. BASF SE wird daher keine weiteren Aktien aus dem bedingten Kapital ausgeben und Abfindungsansprüche nicht mehr erfüllen.

Genehmigtes Kapital

Die Hauptversammlung vom 30. April 2009 ermächtigte den Vorstand, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gezeichnete Kapital bis zum 30. April 2014 um bis zu 500 Millionen € durch die Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlage zu erhöhen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht in den im Ermächtigungsbeschluss genannten Fällen auszuschließen. Von der Ermächtigung ist bisher kein Gebrauch gemacht worden, und es wurden keine neuen Aktien ausgegeben.

Kapitalrücklage (Millionen €)

	2009
Stand am 01.01.	3.133
Umgliederung von Gewinnrücklagen in Höhe des rechnerischen Nennbetrages der 2009 eingezogenen eigenen Aktien	6
Stand am 31.12.	3.139

16 – Gewinnrücklagen und Bilanzgewinn

Millionen €	2009
Andere Gewinnrücklagen	
Stand am 01.01.	146
Verwendung für Aktienrückkauf	-6
Einstellung aus dem Bilanzgewinn	2.369
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	-
Stand am 31.12.	2.509
Bilanzgewinn am 31.12.	
Gewinnvortrag	-
Jahresüberschuss	2.176
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	-
	2.176

Die Gewinnrücklagen reduzierten sich um 6 Millionen € auf Grund der Umgliederung des rechnerischen Nennbetrages der

im Jahr 2009 eingezogenen eigenen Aktien in die Kapitalrücklage.

17 – Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Den Mitarbeitern der BASF SE wird eine Grundversorgung durch die rechtlich selbständige BASF Pensionskasse VVaG gewährt, die sich aus Mitglieds- und Firmenbeiträgen und ihren Vermögenserträgen finanziert. Die BASF SE sichert die erforderlichen Zuwendungen zu, um die satzungsmäßigen Leistungen der BASF Pensionskasse VVaG ausreichend zu finanzieren.

Darüber hinausgehende Zusagen von Betriebsrenten werden durch Pensionsrückstellungen abgedeckt.

Die BASF SE hat eine Zusage erteilt, Renten der BASF Pensionskasse VVaG um 1 % p.a. zu erhöhen. Des Weiteren wurden die laufenden Pensionskassenrenten zum 1. Januar 2010 um 5,3 % p.a. angepasst.

18 – Sonstige Rückstellungen

Millionen €	2009		2008	
		davon voraussichtliche Inanspruchnahme innerhalb eines Jahres		davon voraussichtliche Inanspruchnahme innerhalb eines Jahres
Umweltschutzmaßnahmen und Beseitigung von Altlasten	142	5	151	6
Personalverpflichtungen	1.070	444	1.061	561
Verpflichtungen auf Grund von Ein- und Verkaufsgeschäften	100	92	107	97
Integrations-, Stilllegungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen	1	1	2	2
Prozess-, Schadenersatz-, Gewährleistungs- und ähnliche Verpflichtungen	76	17	87	11
Instandhaltung und Reparaturen	19	19	17	17
Übrige	244	221	478	447
	1.652	799	1.903	1.141

Im Berichtsjahr wurden Rückstellungen in Höhe von 142 Millionen € ergebniswirksam aufgelöst (Vorjahr: 114 Millionen €).

19 – Verbindlichkeiten

Finanzschulden (Millionen €)

	2009	2008
3,5-%-Euro-Anleihe 2003/2010	1.000	1.000
3,375-%-Euro-Anleihe 2005/2012	1.400	1.400
4-%-Euro-Anleihe 2006/2011	1.000	1.000
4,5-%-Euro-Anleihe 2006/2016	500	500
3-Monats-EURIBOR-Anleihe 2006/2009	–	500
5,875-%-GBP-Anleihe 2009/2017	434	–
3,75-%-Euro-Anleihe 2009/2012	1.350	–
4,625-%-Euro-Anleihe 2009/2017	300	–
4,25-%-Euro-Anleihe 2009/2016	200	–
Commercial Papers	496	4.754
Anleihen und sonstige Kapitalmarktverbindlichkeiten	6.680	9.154
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	67	1
	6.747	9.155

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Millionen €)

	2009	2008
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.209	979
Sonstige Verbindlichkeiten	12.664	9.312
	13.873	10.291

Übrige Verbindlichkeiten (Millionen €)

	2009	2008
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	6	7
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	28	28
Sonstige Verbindlichkeiten	573	553
davon aus Steuern	38	36
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	32	15
davon CTA	313	170
	607	588

Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten (Millionen €)

	2009		2008	
	bis 1 Jahr	über 5 Jahre	bis 1 Jahr	über 5 Jahre
Finanzschulden	1.496	1.434	5.255	500
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	302	–	491	–
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	12.717	1.150	9.809	–
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	6	–	7	–
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	28	–	28	–
Sonstige Verbindlichkeiten	543	14	536	15
	15.092	2.598	16.126	515

Gesicherte Verbindlichkeiten (Millionen €)

	2009	2008
Sonstige Verbindlichkeiten	1	1

Als Sicherheiten wurden Wertpapiere verpfändet.

20 – Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Ansatz der nachfolgend dargestellten Haftungsverhältnisse und sonstigen Verpflichtungen erfolgt zu Nominalwerten.

Haftungsverhältnisse (Millionen €)

	2009	2008
Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln	3	4
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	5.774	4.056
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	5.766	3.997
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	1.029	885
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	690	452
	6.806	4.945

Die Haftungsverhältnisse betreffen hauptsächlich Garantien für Anleihen, die von der BASF Finance Europe N. V. begeben wurden. Diese dienen der Konzernfinanzierung. Zum Zeitpunkt der

Bilanzstellung wurden erkennbare Risiken aus Haftungsverhältnissen durch entsprechende Rückstellungen in der Bilanz berücksichtigt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen (Millionen €)

	2009	2008
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	398	512
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	68	60

Langfristige Abnahmeverpflichtungen (Millionen €)

	2009	2008
Langfristige Abnahmeverpflichtungen	4.369	8.006
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	1.366	2.535

BASF SE kauft Rohstoffe weltweit sowohl auf Basis langfristiger Verträge als auch an Spotmärkten ein. In diesem Zusammen-

hang abgeschlossene Waren-Swap-Verträge werden mit den entsprechenden Gegengeschäften saldiert.

21 – Derivative Instrumente

Einsatz derivativer Instrumente

BASF ist im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit Währungs-, Zinsänderungs- und Warenpreissrisiken ausgesetzt. Diese Risiken werden nach einer zentral festgelegten Strategie bei Bedarf durch derivative Instrumente abgesichert. Zusätzlich werden derivative Instrumente auch als Ersatz für originäre Finanzinstrumente, zum Beispiel Aktien oder festverzinsliche Wertpapiere, genutzt. Eine Absicherung wird nur für bestehende Grundgeschäfte aus dem Produktgeschäft, Geldanlagen und Finanzierungen sowie für erwartete Umsätze und Rohstoffbezüge vorgenommen.

BASF unterliegt Kreditrisiken, soweit Derivate einen positiven Marktwert haben und die Vertragspartner ihre Leistungen nicht erfüllen können. Zur Beschränkung des Ausfallrisikos bei positiven Marktwerten der Derivate werden Transaktionen nur im Rahmen festgelegter Limits mit Banken und Partnern guter Bonität beziehungsweise gegen Stellung von Sicherheiten getätigt.

Um ein effizientes Risikomanagement zu ermöglichen, werden Risikopositionen bei der BASF SE und bestimmten Gruppengesellschaften zentralisiert. Der Abschluss und die Abwicklung der zu Sicherungszwecken abgeschlossenen derivativen Finanzinstrumente erfolgen nach internen Richtlinien und unterliegen strengen Kontrollen.

Die aus den Grundgeschäften resultierenden Risiken sowie die zur Absicherung abgeschlossenen Derivate werden laufend überwacht. Gleiches gilt für die Marktentwicklung bei den als Ersatz für originäre Finanzinstrumente abgeschlossenen derivativen Instrumenten. Hierzu werden anhand von Marktnotierungen beziehungsweise EDV-gestützt über finanzmathematische Modelle die jeweils gültigen Marktwerte sowohl der Grundgeschäfte als auch der Derivate ermittelt und einander gegenübergestellt.

Marktwerte derivativer Finanzinstrumente (Millionen €)

	2009	2008
Devisentermingeschäfte	-2	-308
Währungsoptionen	31	71
Kombinierte Zins-/Währungsswaps	-6	.
Warenderivate	12	-146
Indexswaps	298	168
	333	-215

Die Marktwerte entsprechen der Differenz zwischen Einstands- und Rückkaufswert, der aus Marktnotierungen oder durch Einsatz finanzmathematischer Optionspreismodelle, wie beispielsweise dem Black-Scholes-Verfahren, ermittelt wird. Dabei werden neben den von der Europäischen Zentralbank veröffentlichten Wechselkursen die jeweils in Abhängigkeit von der Restlaufzeit des Kontraktes geltenden Marktzinssätze und -volatilitäten zu Grunde gelegt. Bei nicht börsennotierten Kontrakten entspricht der Marktwert der Leistung bei vorzeitiger Auflösung.

Von dem Gesamtbetrag der Nominalwerte von 14,4 Milliarden € entfallen 9,2 Milliarden € auf Devisentermingeschäfte, 2,9 Milliarden € auf Währungsoptionen, 1,7 Milliarden € auf Indexswaps sowie 0,6 Milliarden € auf Warenderivate und kombinierte Zins-/Währungsswaps.

Die Nominalwerte sind die unsaldierten Summen der Kauf- oder Verkaufsbeträge der jeweiligen Derivate.

Devisenderivate bestehen zur Absicherung des Wechselkursrisikos insbesondere gegenüber dem US-Dollar, dem Britischen Pfund und dem Schweizer Franken.

Warenderivate werden zur Absicherung von Beschaffungs- und Absatzmarktpreisrisiken eingesetzt.

Indexswaps werden als Ersatz für originäre Finanzinstrumente, insbesondere zur Nachbildung festverzinslicher Wertpapiere, abgeschlossen.

Rückstellungen für drohende Verluste aus Währungs-, Zins- oder Preisschwankungen betragen 62 Millionen €. Anschaffungskosten für Derivate wurden in Höhe von 247 Millionen € in den sonstigen Vermögensgegenständen aktiviert. In den sonstigen Verbindlichkeiten wurden Verluste in Höhe von 48 Millionen € passiviert.

22 – Dienstleistungen des Abschlussprüfers

Die Angaben zu Dienstleistungen, die BASF SE von KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Anspruch genommen hat, sind in der Anmerkung 29 des Konzernabschlusses der BASF-Gruppe enthalten.

Ludwigshafen am Rhein, den 24. Februar 2010

Der Vorstand

Versicherung nach §§ 264 Abs. 2, 289 Abs. 1 HGB

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss der BASF SE ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der BASF SE vermittelt und im Lagebericht der BASF SE der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der BASF SE so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der BASF SE beschrieben sind.

Ludwigshafen, den 24. Februar 2010



DR. JÜRGEN HAMBRECHT
Vorsitzender



DR. KURT BOCK
Finanzvorstand



DR. MARTIN BRUDERMÜLLER



DR. HANS-ULRICH ENGEL



DR. JOHN FELDMANN



DR. ANDREAS KREIMEYER



DR. STEFAN MARCINOWSKI



DR. HARALD SCHWAGER

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der BASF SE, Ludwigshafen am Rhein, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Ge-

schäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der BASF SE. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 24. Februar 2010

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prof. Dr. Schindler
Wirtschaftsprüfer

Fischer
Wirtschaftsprüferin

Weitere Informationen

Diese und andere Veröffentlichungen der BASF finden Sie im Internet unter www.basf.com

Kontakt

Allgemeine Anfragen

Zentrale, Tel.: +49 621 60-0, Fax: +49 621 60-42525

Corporate Media Relations

Michael Grabicki, Tel.: +49 621 60-99938, Fax: +49 621 60-92693

Investor Relations

Magdalena Moll, Tel.: +49 621 60-48230, Fax: +49 621 60-22500

Internet

www.basf.com

BASF SE, 67056 Ludwigshafen, Deutschland